

# Deutsche

# Bäcker- und Konditoren-Zeitung

Organ des Verbandes der Bäcker und Konditoren, Lebküchler, Arbeiter und Arbeiterinnen in der Kakes-, Zuckerwaren- und Süßkoladen-Industrie

Verbandsmitglieder erhalten das Blatt unentgeltlich. Abonnement pro Quartal Mk. 2

Offizielles Organ der Zentral-Kranken- und Sterbe-Kasse der Bäcker und Berufsgenossen Deutschlands (Stk Dresden), Biltengasse Nr. 12

Insertionspreis pro dreizehnpaltiger Pettzelle 30 Pfg., für Mitgliedsklassen 20 Pfg.

## Ein Reichsvereinsgesetz.

Aus der großen Fülle sozialpolitischer Anträge der Parteien im Reichstage soll, wie die Tagespresse zu melden weiß, einer den Vorzug baldiger Beratung haben: die Vorlage eines Reichsvereinsgesetzes.

Jeder auch nur einigermaßen vorurteilslos denkende und sozialpolitisch gebildete Politiker wird von dieser Gesetzesvorlage doch die Vorschritt einer einheitlichen Handhabung des jetzt auch so unterschiedlich bestehenden und in Anwendung gebrachten Vereins- und Versammlungsrechtes der 22 deutschen Bundesstaaten erwarten. Sonst hätte ja eine solche Gesetzesvorlage keinen Zweck, denn gerade die Unhaltbarkeit des jetzigen Zustandes in der Handhabung des Vereinsgesetzes durch die Polizeibehörden und die verschiedenartige Auslegung desselben durch die Rechtsprechung der Gerichte hat doch das Verlangen nach einem einheitlichen und freien Vereinsrecht selbst in linksstehenden bürgerlichen Parteien wachgerufen.

Jedoch die Gesetzesvorlage über die Rechtsfähigkeit der Berufsvereine hat unter dem Ministerium Bogdanowky keinen freieren Zug in der Vereinsgesetzgebung gezeigt. Wird daher von der amtierten Regierungsvorlage über ein Reichs-Vereinsgesetz mehr zu erwarten sein?

Die Scharfmacher martieren schon die Ohrenbläser und stellen tiefgründige Betrachtungen darüber an, ob Reichseinheit und Rechtseinheit identische Begriffe sein könnten. Sie raunen den Regierungen zu, daß es verkehrt wäre, wenn sie, Blodpolitik betreibend, aus Rücksicht auf die parlamentarisch erklärten freisinnigen Parteien ein freies Vereinsrecht schaffen wollten, von dem doch nur diese einigen Nutzen, den gewaltigsten Nutzen aber die Umsturzparteien haben würden. Diese Befürchtungen werden selbst von Nationalliberalen geäußert, obgleich die Vertreter dieser Partei im Reichstage selbst einen Antrag auf Änderung des jetzt bestehenden Zustandes in der Vereinsgesetzgebung gestellt hatten. Und wenn selbst Graf Bogdanowky sagen könnte: „Man kann nicht einfach mechanisch das württembergische Vereinsrecht auf das Reich übertragen“, so dürfen wir unsere Erwartungen über die zu erwartende Gesetzesvorlage, die übrigens, wie verlautet, nur ein Notgesetz sein soll, nicht zu hoch schrauben. Kenner des württembergischen Vereinsgesetzes und des preussischen, werden allerdings nicht verstehen können, weshalb ein solches Gesetz, wie es in Württemberg besteht, nicht für das ganze Reich Geltung haben könnte. Selbst vom exreaktionärsten Standpunkt aus betrachtet, können doch keinerlei staatsgefährliche Bedenken vorliegen, dem ganzen Reich so viel vereinsgesetzliche Freiheit zu gewähren, wie jetzt nur schon in Württemberg besteht. Der Bundesstaat Württemberg ist dadurch nicht ins Bankrott gedrückt, wohl aber zeigt er in manchen seiner staatlichen Einrichtungen und gesetzgebenden Körperschaften soviel soziales Verständnis, daß die Arbeiterschaft sich nicht politisch und wirtschaftlich so entrechtet fühlt, wie vielleicht in manchen anderen deutschen Bundesstaaten. Und warum könnten wir von der lästigen geschlichen Fessel der Einschränkung des Mitgliederverzeichnisses, der Anmeldung der Versammlungen usw. nicht befreit werden? Die Behörden können und sollten auch kein Interesse daran haben, die Namen der Vereinsmitglieder zu kennen. Die Unternehmer aber sollten kein Recht dazu haben, danach zu fragen. Im heutigen Klassenstaat ist's aber anders. Das hat mit erschreckender Deutlichkeit wieder einmal eine Verhandlung vor dem Roabiter Schöffengericht gezeigt, in der wegen den Vorstand des Glasarbeiterverbandes wegen Nichteinreichung des Mitgliederverzeichnisses verhandelt wurde. Genannter Verband war beschuldigt, dem Berliner Polizeipräsidium eine Anzahl Einzelmitglieder aus

kleineren Ortschaften nicht rechtzeitig angemeldet zu haben. In der Verhandlung war dann der Rechtsanwält des beklagten Verbandes in der Lage, ein Schreiben eines Gendarmen an den Landrat in Kieteln vorlegen zu können, in dem dieser an den Landrat berichtet, daß er bei der Polizeiverwaltung zu Stralau um ein Mitgliederverzeichnis derjenigen Glasarbeiter von Schauenstein und Neuhütte, welche dem Verbands angehören, gebeten habe. Der Direktion der Glasfabrik gegenüber behaupten die Arbeiter, dem Verbands nicht anzugehören. Da der Direktion der Glasfabrik gegenüber behaupten die Arbeiter viel daran gelegen sei, zu wissen, welche Leute dem Verein angehören, so würde der Herr Landrat gebeten, das Mitgliederverzeichnis einfordern zu wollen. Der Landrat hat darauf das Berliner Polizeipräsidium um Mitteilung der Liste ersucht „zur Information der Polizeibehörde“. Der Fall ist an sich nicht neu, aber er beweist einmal dokumentarisch, wozu die Mitgliederlisten gebraucht werden. Wenn allerdings ein Reichsvereinsgesetz allein einem solchen Mißbrauch ein Ende bereiten wird, so wäre das schon ein Gewinn. Mit grellem Lichte werden aber durch diesen Fall unsere unruhigen Rechtszustände in bezug auf die vielgepriesene Koalitionsfreiheit beleuchtet, wenn wir sehen, wie selbst höhere Verwaltungsbehörden einem Privatunternehmer gefällig sind — unter Mißachtung der Koalitionsfreiheit der Arbeiter.

Auch in bezug auf Versammlungsanmeldungen ergeben sich immer wieder die alibekanntem Unzulänglichkeiten. Mit großem Diensteifer spürt die Polizei den kleinen Betriebsversammlungen nach, um die Leiter derselben straffällig zu machen, wenn sich auch nur irgendwie herauszubekommen läßt, daß eine solche Versammlung sich schließlich auch mit Angelegenheiten befaßt habe, die zwar nicht nur mit den Zuständen oder Einrichtungen des Betriebes befaßt, sondern auch mit Fragen, die ein öffentliches Interesse haben könnten. Oder aber, wenn nachgewiesen werden kann, daß einer solchen Betriebsversammlung auch fremde Personen beigewohnt haben, etwa wenn ein Gaubehollmächtiger von auswärts solche Zusammenkunft abhielt. Gegen diese „Ausländer“, diese Fremden, die da von auswärts herkommen, um den Geist der Rebellion unter die Ortsansässigen jagen zu wollen, zeigen manche Polizeiverwaltungen übrigens eine besondere Aversion.

Welche Fülle von juristischem Scharfsinn angewendet werden mußte und wie viel Schereereien eine Gewerkschaft haben kann, um festzustellen, ob eine Betriebsversammlung polizeilich anmeldspflichtig ist oder nicht, geht aus einer Verhandlung des Kammergerichts hervor, in der wegen der verhältnismäßig zu dem gerichtlichen Aufwand als Lappalie zu bezeichnenden Sache also die Revisionsinstanz entscheiden mußte. Eine Raschinenbauerversammlung wurde von den Veranstalter nicht für anmeldspflichtig angesehen, weil in ihr nur über die Frage eines Streiks für den Betrieb und über die Organisation des Streiks gesprochen werden sollte. Daraufhin folgte ein Strafmandat. Die zur richterlichen Entscheidung angerufene Strafkammer fällt ein freisprechendes Urteil, da festgestellt worden sei, daß weder nach der in Aussicht genommenen Tagesordnung Dinge erörtert werden sollten, die öffentlicher Natur seien, und daß eine solche Absicht auch nicht bei den Einberufern der Versammlung bestanden und von den Teilnehmern der Versammlung auch niemand von der Tagesordnung abgewichen sei. Auch das Revisionsgericht schloß sich dieser Auffassung an und meinte u. a., daß eine Beratung darüber, ob die Arbeiter einer Fabrik wegen angeblich herrschender Mißstände in einen Ausstand treten wollen, lediglich die privaten Inter-

essen der Arbeiter berühre. Und auch die Aufforderung zum Eintritt in die Gewerkschaftsorganisation sei keine Erörterung öffentlicher Angelegenheiten, sondern berühre in diesem Falle nur die Privatinteressen der Arbeiter der betreffenden Fabrik, nicht aber die Allgemeinheit. In dem Falle war ja die Auffassung der Richter einmal eine lokale; aber damit ist nur in den seltensten Fällen zu rechnen, wenn es sich um Vorgehen gegen die organisierte Arbeiterschaft handelt. Nur an diesen zwei Beispielen wollten wir wieder einmal zeigen, wie unhaltbar geradezu solche Gesetzesbestimmungen für einen Rechtsstaat sind, in dem auch der Arbeiter vor dem Gesetze gleich sein soll.

Wenn daher das zu erwartende Reichsvereinsgesetz nicht eine Erleichterung in der Ausübung des wirtschaftlichen Rechtes des Arbeiters bringt und eine freiere Handhabung des Vereins- und Versammlungsrechtes, dann ist es für die Arbeiterklasse von vornherein wertlos.

Die Scharfmacher aber erwarten eine Regierungsvorlage in ganz konträrem Sinne. Sie verlangen, daß eine Umgestaltung des Vereinsrechtes höchstens in dem Sinne geschehen könne, daß die „mißbräuchliche“ Ausnutzung der Vereinsfreiheit durch die revolutionäre Umsturzpartei unmöglich gemacht wird. Bez. noch angeführt solcher Vorkommnisse, wie vorweg geschildert — und die beliebig vermehrt werden können — von mißbräuchlicher Ausnutzung der jetzt bestehenden Vereinsfreiheit reden kann, dem auch der elementarste Sinn für Recht und Gerechtigkeit abhanden gekommen sein, eine Tatsache, die von den Blut- und Eisenmenschen der Scharfmachergilde längst bekannt, sogar gerichtsmotivisch bekannt ist.

## Die internationale Kongresswoche.

Die verflossene Woche hat eine solche Reihe internationaler Kongresse gebracht, dass man sie in den Kreisen der Proletarier mit Fug und Recht die internationale Kongresswoche nennen kann. Noch nie haben so viel Arbeiterkongresse gleichzeitig stattgefunden, noch nie ist in solchem Masse durch Kongresse zum Ausdruck gekommen, dass die Arbeiter aller Länder und Nationen einig sind in ihren Anschauungen, einig sein wollen zum Wohle ihrer selbst, zum Wohle der Menschheit. Den Mittelpunkt aller Kongresse bildet natürlich der internationale Arbeiter- und Sozialistenkongress in Stuttgart, der den Marxschen Denkpruch: „Proletarier aller Länder, vereinigt Euch!“ in vortrefflicher und imposanter Weise zum Ausdruck brachte. Der Kongress bringt der sozialistischen Bewegung eine Fülle neuer Anregungen und hat auch der gewerkschaftlichen Bewegung neue Bahnen und Wege gewiesen, durch die mit grösserem Nachdruck und mit mehr Aussicht auf Erfolg das Werk der Befreiung der Arbeiterklasse verrichtet werden kann.

Die verschiedenen in der letzten Woche stattgefundenen internationalen Gewerkschaftskongresse, die teils in Verbindung mit dem internationalen Arbeiterkongress in Stuttgart, teils an anderen Orten abgehalten worden sind, haben jedoch der Gewerkschaftsbewegung noch weit mehr gedient. Während für die Sozialdemokratie die Erfolge der internationalen Verbindungen sozusagen mehr auf der ideellen Seite liegen, ist für die Gewerkschaften eine internationale Verbindung von äusserst praktischer Bedeutung.

Das liegt ganz in der Natur der Sache. Die Gewerkschaften bezwecken in erster Linie die Verbesserung der wirtschaftlichen Lage der Arbeiterklasse. Sie stossen dabei auf Widerstände, die einen internationalen Charakter tragen und deren Ueberwindung nur durch internationale Zusammenfassung der Kräfte des Proletariats möglich ist. Der Gewerkschaftskampf ist sehr viel vom Weltmarkt, von der drückenden Konkurrenz jener Industrieländer, die eine sozial schlecht gestellte Arbeiterschaft haben, von der Konkurrenz billiger ausländischer Arbeitskräfte abhängig.

Die im Auslande Arbeit suchenden oder arbeitenden Gewerkschafter mögen die ersten gewesen sein, die für Anknüpfung internationaler Beziehungen unter den Gewerkschaften wirkten. Der Mangel einer Organisation am neuen Arbeitsort und die ungünstigen Arbeitsver-



hältnisse, die dem erprobten Gewerkschafter sich besonders unangenehm fühlbar machten und die ihn veranlassen, womöglich mit Hilfe der Organisation seines Vaterlandes eine Besserung dieser Zustände durch Gründung einer Gewerkschaft herbeizuführen, nötigten die Gewerkschaften zu einer Tätigkeit über ihre Landesgrenze hinaus, zu internationaler Betätigung. Diese Notwendigkeit war auch da gegeben, wo den im Auslande arbeitenden Mitgliedern durch die Gewerkschaft jenes Landes organisatorische oder Schwierigkeiten im Arbeitsverhältnis bereitet wurden. Daraus erklären sich die frühzeitigen Anfänge einer internationalen Bewegung, zu einer Zeit, wo selbst eine leistungsfähige nationale Arbeiterbewegung nicht bestand.

Die älteste internationale Organisation war die der Handschuhmacher, die auf das Jahr 1871 zurückdatiert und die noch jetzt besteht. Ebenfalls im Jahre 1871 knüpften zum ersten Male die Tsbakarbeiter internationale Verbindungen an. Auch die Töpfer unterhalten mehr denn 50 Jahre internationale Beziehungen. Etwas später als die Töpfer traten die nationalen Organisationen der Glasarbeiter miteinander in Verbindung.

Größere Bedeutung erlangten die Bestrebungen der organisierten Arbeiter auf Schaffung internationaler Gewerkschaftsorganisationen Ende der 80er und Anfang der 90er Jahre, als die Gewerkschaften mehr erstarkten, als sie in der Lage waren, einen entscheidenden Einfluss auf die Lohn- und Arbeitsverhältnisse auszuüben. Es wurden in rascher Folge eine Reihe internationaler Organisationen gegründet, zunächst von den Buchdrückern, denen die Bergarbeiter, Holzarbeiter, Textilarbeiter folgten. Gleichzeitig mit den Textilarbeitern traten im August 1893 auch die Metallarbeiter, Schneider, Schuhmacher, Verkehrsarbeiter und Hutmacher ihren ersten internationalen Kongress ab. 1894 folgten die Kürschner, 1896 die Brauer, Lithographen und Lederarbeiter.

Schliesslich bestehen internationale Verbindungen noch seit 1903 für die Maurer, seit 1904 für die Steinsetzer und für die Handlungsgehülfen, seit 1905 für die Sattler, seit 1906 für die Zimmerer und die Buchbinder. Für die Gemeindeführer, Bäcker und Friseur sind solche Verbindungen jetzt ebenfalls gesichert.

Sechs internationale Berufskongresse haben letzte Woche stattgefunden, alle zu dem Zweck, die so notwendigen internationalen Verbindungen teils erst anzuknüpfen, teils weiter auszubauen. Den Reigen eröffneten die Tabakarbeiter, die bereits am 11. August in Stuttgart zusammentraten. Der Hauptzweck des Kongresses war, die seit 1890 bestehende internationale Organisation auf die Höhe der Zeit zu bringen.

Die Metallarbeiter tagten vom 12. August an in Brüssel. Die internationale Verbindung der Metallarbeiter hat in den letzten Jahren grosse Fortschritte gemacht, und wird der Kongress dem weiteren Ausbau der internationalen Organisation sehr dienlich sein.

Die Holzarbeiter tagten am 16. August in Stuttgart. Auch diese sind mit der Erweiterung und dem Ausbau ihrer internationalen Verbindungen beschäftigt gewesen.

Gleichzeitig mit den Holzarbeitern tagten die Schuhmacher. Diese besitzen ein internationales Sekretariat, das jedoch keine nennenswerte Bedeutung hat, und der Kongress hatte daher die Hauptaufgabe, eine festgefügte internationale Organisation zu schaffen, wie sie für eine Reihe anderer Berufe Metallarbeiter, Holzarbeiter usw.) bereits seit Jahren besteht. Den gleichen Zweck verfolgte der am 17. August stattgefundene internationale Maurerkongress.

Die nächste Woche wird weitere internationale Berufskongresse bringen. Nach Beendigung des internationalen Arbeiterkongresses treten zum ersten Male die Gemeindeführer (vom 25. bis 27. August), die Friseure (am 26. August) und die Bäcker (am 25. und 26. August) zu internationalen Konferenzen zusammen. Auch die Handlungsgehülfen hatten am 21. August einen internationalen Kongress ab.

Soweit die Kongresse bereits stattgefunden, ist zu sagen, dass sie nur Gutes gebracht, eine Fülle neuer Anregungen, einen gewaltigen Impuls zur Entfaltung aller aufbauenden organisatorischen Kräfte gegeben haben. Wir wünschen den kommenden Kongressen dasselbe, damit sie wie die anderen mit Nachdruck und Erfolg das Werk der Befreiung der Arbeiterklasse vorrichten können.

### Arbeitslosigkeit in den deutschen Fachverbänden.

Die Zahl der von der Arbeitslosenstatistik des Kaiserl. Statistischen Amtes erfassten Personen vergrößert sich von einer Erhebung zur anderen in erheblichem Maße. Die joesen veröffentlichten Ergebnisse für das 2. Quartal 1907 umfassen rund 1 1/2 Millionen Personen, in den tabellarischen Zusammenstellungen sind 63 Verbände mit 1 838 148 Mitgliedern berücksichtigt.

Von diesen waren am 29. Juni d. J. als arbeitslos gemeldet am Ort 15 110, auf der Reise 8298, das sind 1,4 pSt. gegen 1,8 pSt. am Ende des 1. Quartals und 1,2 pSt. am 30. Juni des Vorjahres.

Diese Ziffer gibt jedoch nur ein rohes Bild von den wirklichen Verhältnissen, die erst bei Betrachtung der Ziffern der einzelnen Verbände völlig aufgeklärt werden. Da ergibt sich, daß von 53 berichtenden Verbänden über dem Durchschnitt 25 Verbände und unter dem Durchschnitt 33 Verbände mit 917 742 Mitgliedern waren. Sehr hohe Arbeitslosenziffern hatten namentlich die Bildhauer, Freizeiter, Glaser, Tapezierer und unser Verband, der am 29. Juni d. J. 6,8 pSt. Arbeitslose aufwies. Das bedeutet gegen das 1. Quartal eine Vermehrung von 0,6 pSt. und gegen das 2. Quartal des Vorjahres eine Abnahme von 1,3 pSt. Die Häufigkeit der Arbeitslosigkeit im Laufe des Quartals kommt diesmal auf 6,1 pSt. zu stehen. Auf oder über diesem Satz bewegen sich 24 Verbände mit 320 536 berichtenden Mitgliedern. Unter dem Durchschnittssatz stehen 32 Verbände mit 895 200 männlichen Mitgliedern, das sind 26,4 pSt. bzw. 73,6 pSt. In unserem Verband entfielen auf je 100 männliche Mitglieder im 2. Quartal 1907 26,6 Fälle von Arbeitslosigkeit gegen 24,0 im 1. Quartal und 26,2 im 2. Quartal 1906.

Die Gesamtzahl der Arbeitslosetage im 2. Quartal 1907 war bei den Mitgliedern sämtlicher Verbände 913 205 Arbeitslosetage am Ort, 192 436 auf der Reise, insgesamt 1 095 641. Die durchschnittliche Dauer eines Arbeitslosenfalles betrug 13 Tage, ebensoviel wie im 1. Quartal d. J.; in unserem Verband betrug diese Durchschnittsziffer 13,6 Tage gegen 14,0 Tage im 1. Quartal d. J.

Bemerkenswert ist eine Zusammenstellung der durchschnittlichen Dauer der Arbeitslosigkeit, wenn die Verbände nach Berufsgruppen zusammengefaßt werden. Da ergibt sich folgende Uebersicht:

Berufsgruppe	Die durchschnittliche Dauer der Arbeitslosigkeit betrug	
	im 2. Quartal 1907	im 1. Quartal 1907
Kunst- und Handeltgärtner	4,5	14,8
Bergbau und Hüttenwesen	27,8	30,4
Industrie der Steine und Erden	9,3	12,1
Maschinenbau und Metallbearbeitung	13,4	15,6
Textilindustrie	14,2	12,5
Papierindustrie	7,8	9,1
Lederindustrie	6,8	9,4
Industrie der Holz- und Schnitzstoffe	19,5	21,1
Industrie der Nahrungs- u. Genussmittel	12,0	13,2
Bekleidungs- und Reinigungsgewerbe	10,1	10,0
Baugewerbe	31,1	25,7
Buchgraphische Gewerbe	16,3	13,0
Künstler und künstlerische Betriebe	14,9	21,1
Handel und Verkehr	10,6	10,8
Uebrigere Berufsgruppen	10,6	14,6

An der Spitze hinsichtlich der Dauer der Arbeitslosigkeit steht die Gruppe Bergbau, in der die Arbeitslosigkeit am längsten ist, sodann das Baugewerbe und die Industrie

der Holz- und Schnitzstoffe. Die kürzeste Dauer weisen neben den Gärtnern die Lederindustrie, Papierindustrie und Industrie der Steine und Erden auf.

Die durchschnittliche Unterstüßungsdauer betrug in allen Verbänden 16,4 Tage gegen 17,0 Tage im 1. Quartal 1907. Die Zahl der Unterstüßungstage betrug am Ort und auf der Reise 750 899 für männliche und 20 708 für weibliche Mitglieder. Die Summe der gezahlten Unterstüßungsbeträge betrug im Berichtsquartal an männliche Mitglieder M. 840 276, an weibliche Mitglieder M. 16 018, dazu freten an Reiseunterstüßung M. 195 882, so daß M. 1 061 141 zur Auszahlung gelangt sind. Die durchschnittliche Unterstüßungssumme betrug M. 22,60 (Vorjahr M. 20,80).

In unserem Verband wurden bei einer Mitgliederzahl von 12 221 Personen insgesamt 8222 Fälle von Arbeitslosigkeit gemeldet. Am letzten Tage des Quartals waren 788 Personen am Ort und 28 auf der Reise als arbeitslos gemeldet.

Die am Ort unterstüßten 920 Personen erhielten bei 48 849 Arbeitslosetagen und 18 280 Unterstüßungstagen M. 14 965 Arbeitslosenunterstüßung; 227 Reisende erhielten für 1116 Unterstüßungstage M. 1202 Reiseunterstüßung. Im Durchschnitt wurden an den einzelnen M. 16,27 Arbeitslosenunterstüßung und M. 5,88 Reiseunterstüßung gezahlt.

### Die deutschen Arbeitersekretariate im Jahre 1906.

Während die organisierte Arbeiterschaft in dem von Jahr zu Jahr sich intensiver gestaltenden Kampfe mit dem Unternehmertum Millionenopfer zu bringen genötigt ist; während die Klassenstaatspolizei im Dienst des Unternehmertums mit kleinen Schikanen dem Wirken der gewerkschaftlichen Organisationen der Arbeiter versucht Einhalt zu tun, und die Mineure an der Kooperationsfreiheit im Schmelze ihres Angeichts sich abmühen, die Fundamente der gewerkschaftlichen Organisationen zu untergraben, vollzieht sich ganz gekauft und unbeirrt von dem allgemein injenierten Kesseltreiben gegen die Gewerkschaften die Entwicklung der deutschen Arbeitersekretariate. Für diese fast ausschließlich von der organisierten Arbeiterschaft errichteten und unterhaltenen Institutionen wächst in der erfreulichsten Weise nicht nur das Interesse des Industrieproletariats, sondern sie finden auch bereits volle Sympathie bis in bürgerliche Kreise hinein. Das gemeinnützige Wirken der Arbeitersekretariate ist so oft und bei den verschiedensten Gelegenheiten von Gewerkschaftsbeamten, Gewerbe-gerichten, Behörden und Sozialpolitikern in aufrichtig lobender Weise erwähnt worden, daß wir mit Berechtigung von allgemeiner Wertschätzung der Arbeitersekretariate in diesen Kreisen sprechen können. Auch in den kommunalen und staatlichen Verwaltungskörpern ist das Wirken der Arbeitersekretariate wiederholt Gegenstand der Erörterung gewesen, indem die Vertreter der Arbeiter in den genannten Körperschaften auf die Gemeinnützigkeit dieser Institute hinweisen und die Notwendigkeit staatlicher und kommunaler Subvention derselben nachzuweisen suchen. Bei aller Anerkennung ihrer Tätigkeit haben aber die Sekretariate bisher nur in verschwindend geringem Maße Unterstützung seitens der Kommunen resp. eines Staates gefunden. So lange eben die Arbeiterschaft ihre mit eigenen Mitteln unterhaltenen Institutionen dem Gemeinwohl dienlich macht, wird dieser Gemeinnutz auch von unserem jaltien Bürgertum lobend anerkannt; wird aber von den Arbeitern verlangt, daß die Mittel zur Unterhaltung solcher, dem Gemeinwohl dienenden Institute auch von der Allgemeinheit getragen werden sollen, dann verwandeln sich die noch kurz vorher mit süßen Worten der Anerkennung gepriesenen Einrichtungen in den Augen bürgerlicher Volksvertreter in sozialdemokratische Unternehmungen, die im Interesse der Staatserhaltung natürlich nicht unterstützt und gefördert werden dürfen.

So wird denn auch in Zukunft die Erhaltung der Sekretariate Aufgabe der Organisationen der Arbeiter sein. Ein Bedürfnis für solche Institute ist natürlich in allen Orten vorhanden, in denen ein etwas reges gewerkschaftliches und politisches Leben pulsiert, aber die Mittel zur

### Die Erziehungsziele des Sozialismus.\*

Der Sozialismus wird die Klagenziehung anführen.

Das ist nicht eine banale, selbstgefällige Schöpfung, sondern eine Schwerkraft, die sich mit Notwendigkeit aus dem Wesen des Sozialismus ergibt. Der Sozialismus will die Beseitigung der Klagenziehung, und mit der Beseitigung der Klagenziehung fällt auch die mit ihr unauflöslich verbundene Klagenziehung.

„Solange die wirklich arbeitende Bevölkerung“, sagt Engels in Anti-Dühring, „von ihrer notwendigen Arbeit so fern zu halten gesucht wird, daß ihr keine Zeit zur Beseitigung der geringsten Gebühre der Gesellschaft — Lebenshaltung, Erhaltung, Fortbildung, Unterhaltung, Kultur, Wissenschaft usw. — übrig bleibt, solange mußte und muß eine besondere Klasse bestehen, die von der arbeitenden Arbeit befreit, diese Aufgaben lösen kann.“ ... Das ist die große Industrie erfindet ungeheure Mengen von Produktionsmitteln, welche die Arbeit auf alle Geschicklichkeiten ohne Rücksicht zu betreiben und dadurch die Arbeiter eines jeden zu beschäftigen, daß für die Beseitigung dieser großen Menge an den allgemeinen Angelegenheiten der Gesellschaft — Gesundheit, Wissenschaft, Kultur — zu betreiben.

Die Klagenziehung, besonders der geistlichen Priester, allen Geschicklichkeiten eine Erziehung zu geben, die nicht nur material vollkommen ausreicht, sondern auch geistig, sondern die ihnen

auch die vollständig freie Ausbildung und Betätigung ihrer körperlichen und geistigen Anlagen garantiert, diese Möglichkeit ist jetzt zum ersten Male da, aber sie ist da.

Man hatte schon vorher aus den von ihm jetzt gestellten Aufgaben der Kindererziehung und den dagegen getroffenen Maßnahmen der englischen Gesetzgebung unter Berücksichtigung des Wesens der Erziehung der Zukunft abgeleitet, welcher für alle Kinder über einem gewissen Alter produktive Arbeit, mit Unterricht und Gymnastik verbunden wird, nicht nur als eine Methode zur Steigerung der gesellschaftlichen Produktion, sondern als die einzige Methode zur Produktion vollstetig entwickelter Menschen. Aber ausgeführt sind diese Ideen, die in der Tat den Keim der Erziehung der Zukunft enthalten, die in geistlicher Vorbereitung das Ziel und die Wege der körperlichen Erziehung in weniger, aber richtigen und höheren Strahlen entwerfen, in der Revolution, die der gesamte Sieg der internationalen Arbeiterassoziation im Jahre 1895 annahm. In dieser Resolution lautet die Resolution, für uns in Betracht kommenden Partien:

Sie betonen die Tendenz der modernen Industrie, Kinder und junge Personen von beiden Geschlechtern, zur Umwandlung an dem Werke der sozialen Produktion herbeizuziehen, als eine progressive, heilsame und rechtmässige Tendenz, welche die Art und Weise, auf welche diese Tendenz unter der Kapitalherrschaft verwirklicht wird, eine absonderliche ist. In einem rationalen Zustande der Gesellschaft sollte jedes Kind ohne Unterschied vom ersten Jahre an ein produktiver Arbeiter werden; auf gleiche Weise sollten keine erwachsenen Personen von dem allgemeinen Geiste der Natur ausgenommen sein; niemand zu arbeiten, um im Stande zu sein, zu essen, und zu arbeiten nicht bloß mit dem Gehirn, sondern auch mit den Händen. Von diesem Standpunkte ausgehend, legen wir, daß unsere Eltern und Vorgesetzten durch die Gesellschaft Erlaubnis gegeben werden darf, die Ar-

beit von Kindern oder jungen Personen zu gebrauchen, außer unter der Bedingung, daß jede produktive Arbeit mit Bildung verbunden wird. Unter Bildung verstehen wir drei Dinge: 1. geistige Bildung; 2. körperliche Ausbildung, solche, wie sie in den gymnastischen Schulen und durch militärische Übungen gegeben wird; 3. polytechnische Erziehung, welche die allgemeinen wissenschaftlichen Grundzüge aller Produktionsprozesse mitteilt, und die gleichzeitig das Kind und die junge Person einweist in den praktischen Gebrauch und in die Handhabung der elementarischen Instrumente aller Geschäfte. Mit der Einteilung der Kinder und jungen Personen vom 9. bis 17. Jahre in drei Klassen sollte ein allmählicher und progressiver Verlauf der geistigen, gymnastischen und polytechnischen Erziehung verbunden sein. Mit Ausnahme vielleicht der ersten Klasse sollen die Kosten der polytechnischen Schulen teilweise gedeckt werden durch den Verkauf ihrer Produkte.

Sehen wir von den nebensächlichen Einzelheiten ab, so ergibt sich als das eigentliche charakteristische Kennzeichen der sozialistischen Erziehung die Arbeit, die körperliche Arbeit als Grundlage der Erziehung, auch der geistigen und nützlichen. Dieses Kennzeichen unterscheidet die sozialistische Erziehung grundsätzlich von der bürgerlichen, die den Begriff der Arbeit nicht kennt und darum auch nicht aus der Arbeit, sondern aus der Spekulation ihre Moralbegriffe herleitet. Wohl hat man neuerdings hier und da den sogenannten Handarbeitsunterricht in den Schulen eingeführt, der aber in gar keinem Verhältnis zu der von uns angezeigten Erziehung durch Arbeit zur Arbeit steht. Wohl ist auch dem einen oder dem anderen bürgerlichen Pädagogen eine Erkenntnis von der großen sozialen Bedeutung der Arbeit für die Jugend erziehung aufgegangen, so unter anderem dem Leiter des Seminars für Anbendersarbeit in Leipzig, Dr. Rabbl, und dem besseren Schulrat Scherer. Aber die zünftige Pädagogik steht dem Arbeitsunterricht kühl und verständnislos gegenüber. Ist

\* Ein wichtiger Teil der Aufstellungen der im Verlage der Arbeiter-Zeitung, Berlin, erschienenen Broschüre: „Sozialismus und Staat“ von Friedrich Engels. Paris 1894, Internationaler Verlag 30 A.



Unterhaltung derselben sind trotz aller Bescheidenheit und Opferwilligkeit der organisierten Arbeiterkraft nur da aufzubringen, wo die Organisationen bereits eine gewisse Stärke erreicht haben.

Von den Ende 1906 bestehenden 85 Arbeitersekretariaten und Rechtschreibbureaus entfallen auf das Königreich Preußen 49, die sich in folgender Weise auf die Provinzen verteilen: Provinzen Ost- und Westpreußen — Stadt Berlin 1, Provinz Brandenburg 6, Provinz Pommern 1, Provinz Posen 2, Provinz Schlesien 4, Provinz Sachsen 4, Provinz Schleswig-Holstein 1, Provinz Hannover 4, Provinz Westfalen 9, Provinz Hessen-Nassau 4, Provinz Rheinland 13.

Von den übrigen 86 Sekretariaten entfallen auf Bayern 8, Sachsen 6, Württemberg 1, Baden 4, Hessen 3, Mecklenburg-Schwerin 1, Sachsen-Weimar 1, Oldenburg 1, Braunschweig 1, Sachsen-Altenburg 1, Coburg-Gotha 2, Anhalt 1, Meckl. v. L. 1, Lübeck 1, Bremen 2, Hamburg 1, Elsaß-Lothringen 1.

Von den 85 Arbeitersekretariaten und Rechtschreibbureaus sind 83 an der Statistik beteiligt. Es fehlen Memser und Zwickau. Ende 1905 bestanden 67 Arbeitersekretariate, von denen eines Charlottenburg, wieder eingegangen.

An 70 Sekretariaten sind die Gewerkschaftskartelle finanziell beteiligt. Für 80 derselben werden besondere Beiträge nicht erhoben, sondern es werden die Ausgaben aus der Kasse des Kartells bezahlt. 40 Kartelle erheben besondere Sekretariatsbeiträge. Der Jahresbeitrag beträgt in

Table with 10 columns: Sekretariaten, 11, 6, 7, 1, 9, 1, 1, 3, 1, Pfennige... 120, 104, 80, 70, 60, 52, 42, 40, 28

Zur Unterhaltung trugen außerdem bei in 29 Orten die Parteiorganisation, in 13 Orten die Redaktion des Parteiorgans oder sonstige Arbeiterunternehmungen. Die Sekretariate in Kattowitz und St. Johann werden ausschließlich von der Generalkommission unterhalten. Das

Sekretariat in Bant erhält Zuschuß von drei Kommunen, das Sekretariat Coburg ist keine gewerkschaftliche Einrichtung, sondern wird gemeinsam von Stadt und Staat Coburg unterhalten. Einen Staatszuschuß erhält auch das Sekretariat Gotha, und zwar jährlich im Betrage von M. 2000.

Die Gesamtzahl der Auskunftsfindenden im Jahre 1906 betrug 885 182, davon 293 094 männliche und 52 208 weibliche Arbeitnehmer oder deren Angehörige, 15 341 selbstständige Gewerbetreibende und sonstige Personen und 2267 Behörden, Vereine und Korporationen. Das Elberfelder Sekretariat hat 2224 Auskunftsfindende angegeben, jedoch ohne nähere Angabe bezüglich Stand und Geschlecht. Von den auskunftsfindenden Personen waren 228 106, gleich 88 pzt., gewerkschaftlich organisiert. Die Zugehörigkeit zu den politischen Organisationen wird nicht in allen Sekretariaten registriert. Angaben darüber liegen von 59 Sekretariaten vor, und es beträgt die Gesamtzahl der politisch organisierten Auskunftsfindenden dieser Sekretariate 15 207. Gewerkschaftlich und politisch organisiert waren nach den Angaben von 57 Sekretariaten 39 516 Auskunftsfindende.

In 882 261 Fällen wurde Auskunft erteilt und davon 49 926 Fälle schriftlich erledigt. Die Gesamtzahl der Besuche und schriftlichen Auskunftsgehalte betrug in 82 Sekretariaten 397 250.

Von sämtlichen die Sekretariate in Anspruch nehmenden Personen wohnten 264 197 am Orte des von ihnen in Anspruch genommenen Sekretariats, während 98 693 Besucher aus anderen Orten kamen. Die Gesamtzahl der Orte, die aber nur von 73 Sekretariaten festgestellt worden ist, beträgt 9135. Die Zahl der Auskunftsfindenden ist von 167 363 im Jahre 1901 auf 365 132 im Jahre 1906, und die Zahl der Fälle, in denen Auskunft erteilt wurde, von 173 548 im Jahre 1901 auf 382 261 im Jahre 1906 gestiegen. Insgesamt wurde von den deutschen Arbeitersekretariaten in den letzten sechs Jahren an 1 438 776 Auskunftsfindende in 1 493 556 Fällen Auskunft und Rat erteilt.

Die Frequenz der Sekretariate von 1901—1906.

Table with 10 columns: Jahr, Zahl der an der Statistik beteiligten Sekretariate, Gesamtzahl der Auskunfts- und Rechtschreibbureaus, Von den Auskunfts- und Hülfesuchenden waren Arbeitnehmer oder deren Angehörige (Zahl, pzt.), Von den Auskunfts- und Hülfesuchenden waren gewerkschaftlich organisiert (Zahl, pzt.), Von sämtlichen Auskunftsfindenden wohnten nicht am Orte des Sekretariats (Zahl, pzt.), Gesamtzahl der Fälle, in denen Auskunft und Rechtschreibbureaus gewährt wurde

Ein gutes Zeichen des Fortschrittes auf gewerkschaftlichem Gebiete ist es jedenfalls, daß das Verhältnis der gewerkschaftlich organisierten zur Gesamtzahl der Auskunftsfindenden stets günstiger wird. 1901 waren nur 44,6 pzt. der Auskunftsfindenden gewerkschaftlich organisiert. Von Jahr zu Jahr ist der Prozentsatz der organisierten gestiegen, und beträgt derselbe im Jahre 1906 bereits 63,5 vom Hundert. Auffallend ist, daß 1901 nur 54,2 pzt., 1906 dagegen 94,5 pzt. der Auskunftsfindenden als Arbeitnehmer verzeichnet sind. Es ist jedoch zu berücksichtigen, daß in den letzten beiden Jahren die Angehörigen der Arbeitnehmer ebenfalls in dieser Gruppe gezählt wurden, während vorher die meisten Sekretariate diese zu den „sonstigen Personen“ zählten.

Insgesamt wurden im Jahre 1906 in den Sekretariaten 91 969 Schriftsätze angefertigt, von denen 25 233 die Unfallversicherung, 3450 die Krankenversicherung, 1806 das Knappschaftswesen, 3928 die Invalidenversicherung, 9104 den Arbeits- und Dienstvertrag und 650 die Gewerbeaufsicht betrafen.

Insgesamt sind in den Jahren 1901 bis 1906 367 115 Schriftsätze angefertigt worden. Davon betrafen die Arbeiterversicherung 119 039 = 32,4 pzt., den Arbeits- und Dienstvertrag 20 055 = 5,5 pzt., die Gewerbeaufsicht 1757 = 0,5 pzt., sonstige Sachen 209 170 = 57,0 pzt.

Die Taktik der Arbeitgeber in Deutschland.

Schon lange haben wir uns in der Nahrungsmittelindustrie mit allen möglichen Vereinen und Vereinen, Verbänden und Sektoren herumgeschlagen müssen und immer noch nicht genug, die Arbeitgeber haben einen neuen Stern der Hoffnung entdeckt, mit dem sie uns bescheren wollen. Die „Arbeitgeberzeitung“ hat den gelben Auswurf der Menschheit, der unseren Berliner Kollegen während ihres schweren Kampfes in den Rücken fiel, als ein ganz nützliches Element erkannt, und hierauf ruht jetzt ihre ganze Hoffnung. Natürlich werden die Kapitalprogen wieder ihre Nachläufer (die Kleinmeister) dazu benutzen, dieses Allheilmittel genau zu probieren. So fordert denn die „Deutsche Arbeitgeberzeitung“ (nachdem sie ihren Lesern den herrlichen Erfolg, den unsere Organisationsarbeit hatte, und der sich in der Zunahme von 367 982 neuen freien Gewerkschaftsmitgliedern offenbart) dazu auf, allenthalben gelbe Gewerkschaften zu gründen. Die Galle muß der Lante übergelaufen sein, als sie in fettgedruckten Zahlen konstatieren mußte, daß die Streiks und Ausperrungen von 2657 im Jahre 1905 auf 3448 im Jahre 1906 gestiegen sind. Aber wer trägt die Schuld daran? Wir Gewerkschafter begrüßen diese Entwicklung, beweist sie uns doch, daß die Arbeiterklasse es jatt hat, alle in unklaren Unternehmungen verpulverten Millionen geduldig auf sich abwälzen zu lassen, sondern bereit ist, daß ihr so lange vorantastete Recht zu erkämpfen. Daß die organisierte Arbeiterkraft diesen Erfolg

so freudig begrüßt, will der „Arbeitgeberzeitung“ nicht passen. Sie schreibt:

„Es ist demgemäß ohne weiteres erkennbar, daß die hoffnungsfreudige Stimmung, durch die sich die zitierte Darstellung des Gewerkschaftsorgans („Korrespondenzbl. d. B.“) auszeichnet, vollauf begründet ist, und daß darum die Arbeitgebererschaft allen Anlaß hat, die für sie aus dieser Tatsache sich ergebenden Konsequenzen zu beherzigen...“ Und dann schreibt sie in Sperrdruck: „Man vergesse nicht, es handelt sich um das Anwachsen der sozialdemokratischen Arbeiterbewegung.“

Hul! Einbringlich warnt sie vor unerlöster Vertrauensseligkeit. Weil nun verschiedene Gewerkschaftsorgane sich über die gelben Bundesbrüder lustig machten und diese Gesellschaft an den Branger der Öffentlichkeit stellten als die „guten, treuen Arbeitswilligen“, schließt die „Arbeitgeberzeitung“ daraus, daß wir mehr Angst vor den Gelben hätten als vor den Christlichen ober den Firchen. In ihrer unbeschreiblichen Vertrauensseligkeit vergißt sie ganz, daß wir die einen so wenig wie die anderen fürchten. Brutal, wie das Unternehmertum nun einmal ist, wollen sie es mit Gewalt probieren. Die „Arbeitgeberzeitung“ schreibt in besagter Nummer:

„Wer der Ueberzeugung lebt, daß die rapide Entwicklung der sozialistischen Gewerkschaftsbewegung der Gesamtheit der Nation zum Nachteil gereicht, wer die Anschauung teilt, daß die Befämpfung der kommunistischen Irlehre in erster Linie Sache des geeinten Unternehmertums ist, der wird auch ohne weiteres zugeben müssen, daß die Arbeitgeber mit Fug und Recht an die Beihilfe derjenigen unter ihren Arbeitern appellieren dürfen, die sich, des Zwanges der sozialdemokratischen Mittel müde, auf ihre Seite schlagen möchten.“

Derartige Auslassungen der „Deutschen Arbeitgeberzeitung“ sind nicht ohne Bedeutung. Beseitigt man die Auslassungen dieser Zeitung in letzter Zeit, so findet man, daß sie eifrig Propaganda macht zur Gründung gelber Gewerkschaften. Nun, uns kann es recht sein, wenn sie etwas frischen Wind in unsere Segel jagt, damit wir schneller unserem Ziele entgegenrücken. Wir werden in Zukunft uns noch mehr mit diesem eck- und lauterlosen Gesindel herumzuschlagen haben, denn als Diebe, Verräter, Verleumder hebt man diesen Auswurf auf uns, um uns das zu rauben, was wir unter schweren Kämpfen errungen haben. Verraten und beläugeln sollen sie, wenn wir in neue Kämpfe verwickelt sind. Tief zu bedauern ist es aber, daß so mancher junger, unerfahrener Kollege aus Unwissenheit sich solchem — von allen anständig denkenden Menschen verachteten — Gesichter anschließt. Also überhören wir die Situation, so ergibt sich folgendes: Das Unternehmertum möchte wiederum versuchen, die Arbeiterklasse zu spalten. So wie etwa vor 30 Jahren der Hofprediger Dr. Stöcker versuchte, die kaum in ihren Anfängen sich befindende freie Gewerkschaftsbewegung durch Gründung christlicher Arbeiterverbände zu zersplittern und zu vernichten, so sind heute die Arbeitgeber daran, Selbsttätige zu züchten, um uns durch dieselben Anzettel zwischen die Beine zu werfen. Dieses Experiment wird scheitern an dem gesunden Sinn der Arbeiterklasse. So wenig wie es Hirse und Christen vermochten, die Entwicklung der freien Gewerkschaften aufzuhalten, ebensowenig wird es den Selbsttätigen gelingen. Bezeichnend für die Leigchinesen ist es, daß sie es sind, an deren Körper die Kapitalisten das Allheilmittel probieren. Für die Mitglieder des Baders- und Konditorenverbandes ergibt sich aus obigem, der organisierten Arbeiterschaft zu zeigen, daß sie mit diesem Abschaum leicht fertig werden. Darum, Kollegen allerorts, befolgt genau Euer Verbandsorgan, damit Ihr leicht in der Lage seid, diesen Schwindel, Lug und Trug mit ein paar Worten zurückzuweisen. Darum vorwärts! Durch Kampf zum Sieg!

C. S. I. F.

„Abgetan“.

Es ist erreicht! Jubelnd verkündet die „Bühnenische Bäckerzeitung“ ihren Lesern: „Der Hamburger Verband hat abgewirtschaftet, er kommt nicht mehr in Betracht!“ Was ist es denn nun, was die zahllose, geisternde Mite in einen solchen Freudenkaumel beretzte, daß sie obige Spitzmarke für ihren Artikel wählte? Man höre: Die „Lante“ hat die Zeitschriften gelesen, und zwar die Nummer, worin sich der leinarte Hartmann fast nur mit den Schmähungen eines Betrunknen über die Verbandsleitung beschäftigt, ferner den Agitationsbericht unseres Kollegen Biegusch in

doch noch vor einigen Jahren, 1900, auf der deutschen Lehrerversammlung in Köln, die Einführung des Handarbeitsunterrichts mit übergroßer Mehrheit und mit Gründen, die die Verständnislosigkeit gegenüber diesem Problem grell beleuchteten, abgelehnt worden. Dabei findet die bürgerliche Pädagogik bei den größten und besten unter ihren Theoretikern und Begründern ein erfreuliches Verständnis für den Wert der körperlichen Arbeit in der Erziehung.

Aber das theoretische Fundament für die sozialistische Erziehung vom Standpunkte des wissenschaftlichen Sozialismus hat Marx gelegt, und auf diesem Fundament hat bisher erst ein berufener Pädagoge von Bedeutung mit Verständnis und Erfolg weiter zu bauen begonnen. Dieser Pädagoge ist freilich kein bürgerlicher Gelehrter, es ist unser schweizerischer Genosse Robert Seidel, der im Jahre 1885 eine ziemlich umfangreiche Schrift über den Arbeitsunterricht, eine pädagogische und soziale Notwendigkeit, herausgab, die in einer bisher unübertroffenen, schlagkräftigen, eindringlichen Weise und mit sicherer Begründung den Arbeitsunterricht vom sozialistischen und zugleich pädagogischen Standpunkte aus würdigt.

„Arbeit heißt der Heiland der neueren Zeit“, so ruft Diezgen aus und widerlegt damit alle die trüchtigen Verurteilungen, die der Sozialdemokratie Liebe zur Faulheit unterstellen. Arbeiten wollen wir auch in Zukunft, denn die Arbeit gehört zum Menschen wie das tägliche Brot. Es gibt für einen Gefangenen keine qualendere Strafe, als wenn man ihm die Arbeit entzieht. Die Arbeit hat die Menschheit zu dem gemacht, was sie heute ist. Sie steht am Anfang der kulturellen Entwicklung, sie hat die Kultur bis auf die heutige Höhe geführt. Die Arbeit wird auch die Erlösung der Menschheit aus ihrer heutigen ökonomischen und geistigen Unfreiheit bewirken. Aber die Arbeit, die Praxis, muß von der künstlichen Trennung, von ihrer geistigen Wesenheit, von der Theorie, zu der sie zehntausendmalig gezwungen worden ist, befreit werden.

„Wissenschaft und Handwerk“, heißt es bei Diezgen, „Kopf- und Handarbeit sind nur zwei verschiedene Gestalten derselben Wesenheit.“ Im Kind ist die Trennung noch nicht vorhanden. Für das Kind ist sein scheinbar müßiges Spiel eine wichtige, ernste Arbeit, und bei diesem Spiel, bei dieser Arbeit arbeiten Kopf und Hand, Theorie und Praxis, gemeinsam. Später erst tritt durch die heutige unnatürliche Erziehungsmethode die Trennung ein. Die Schule stopft den Kopf mit abstraktem Wissen voll, die Hand und der Körper werden entweder frühzeitig durch die Fron des Kapitalismus verhärtet, zermürbt und einseitig verbildet, oder diese Ausbildung bleibt völlig dem Zufall überlassen. Das bischen an Turnunterricht, das im Lehrplan der heutigen Schule enthalten ist, ersetzt in keiner Weise die durch einen Arbeitsunterricht, der nach Möglichkeit im Freien stattzufinden hätte, in Gemeinschaft mit einem planmäßigen gymnastischen Unterricht bewirkte allseitige körperliche Ausbildung. Die sozialistische Erziehung wird bei dem Spiel der ersten Kinderjahre anknüpfen und von hier aus die Jugend — ohne Trennung der Geschlechter — planmäßig in den Gebrauch der Werkzeuge, von den einfachsten bis zu den kompliziertesten, einführen. Sie wird dadurch den Kindern eine Art ABC der Arbeit beibringen, durch das sie — wie das übliche ABC die Fähigkeit des Lesens, Lernens, Studierens erzieht — die Fähigkeit des „Arbeitens“ in allen Produktionszweigen erlernen, durch das sie ferner die soziale Arbeit in ihrer Bedeutung „lesen“, d. h. in ihrer Bedeutung erkennen lernen, so daß sich der einzelne nach freier Wahl und auf Grund genauer Kenntnis seiner Leistungsfähigkeit für einen Lebensberuf entscheiden kann. Jeder wird dann den Platz innerhalb der sozialen Arbeitsgemeinschaft einnehmen, der seiner körperlichen und geistigen Veranlagung am besten entspricht. Das „Verfehlen“ des Berufes ist dadurch ausgeschlossen; ebenso ist die Verachtung des einen Berufes durch den anderen unmöglich, da jeder Beruf nützlich ist und ein jeder Mensch auf Grund

seiner Erziehung die Schwierigkeiten, Vorzüge und Nachteile des anderen Berufes zu würdigen weiß. Dadurch wird aber auch zugleich das Kind planmäßig in das Wesen und in den Zusammenhang des gesamten Produktionsprozesses, der Grundlage der sozialen Organisation, eingeführt, und es vermag auch das für den heutigen Menschen unüberwindliche Räderwerk des sozialen Organismus zu übersehen. Außerdem lernt das Kind nur durch die praktische Arbeit das Wesen der Dinge kennen, wie Robert Seidel ganz zutreffend in seiner erwähnten Schrift ausführt.

Wenn der Sozialismus die Erziehung in der dargelegten Weise umformen will, so geht daraus hervor, daß er der Erziehung eine weit höhere Bedeutung einräumt, als ihr bisher zuerkannt worden ist. Sie wird für ihn zu einer der vornehmsten Pflichten der Gemeinschaft freier Arbeiter, die die zukünftige sozialistische Gesellschaft darstellt, zu einer Pflicht, für die die besten Mittel der Gesellschaft zur Verfügung gestellt werden müssen. Aber es handelt sich dabei doch nicht etwa um einen unnatürlichen Zwang, der auf die Kinder ausgeübt wird, sondern die Kinder werden im Gegenteil froher und freier atmen, spielen, lernen, arbeiten, als dies jemals zuvor der Fall gewesen ist. Und indem sie durch ihre Arbeit schon Werte für die Gesellschaft produzieren, werden in ihnen frühzeitig die Gefühle der Selbstachtung und Unabhängigkeit erwachen, die wir schon bei Kindern wünschen; denn wir wollen nicht die Jugend zu gehoramen und willenlosen Subjekten einer ihnen gewaltsam aufgedrängten fremden Autorität erziehen, sondern schon im Kindesalter wir den Menschen, der das Recht hat, sich im Rahmen der sozialen Gemeinschaft zu seiner vollen und schönen Individualität zu entwickeln.



Nr. 28 d. Bl. Die Letztire dieser Sachen sowie der Prozeß...

Zunächst dürfte es für die „Stimmung“ im Verband...

Sie brauchen nur an die große „vollbesetzte“ Ver-

Künftig ist es, wenn die „Güntherchen“ schreibt: „Jugend...

Sie noch den Wünschen der „Güntherchen“ ein deut-

Sie wollen es, die „Güntherchen“ wollen es, die „Güntherchen“...

Gesellenausschuhwahl mit Hindernissen.

Das die gelbe Bewegung nur echt Hartmannsche...

Liebe Kollegen!

Dienstag, den 6. August, Nachmittags 4 Uhr, findet...

Sie eruchen daher alle Meister, am Dienstag Vor-

Mit kollegialischem Gruß

Der Vorstand

der Bäder-Zwangsgewerkschaft in Breslau.

H. Prussig, Obermeister.

Nicht nur dieses Schreiben ging an die Meister, um...

Die Wahl fand diesmal unter kollegialischem Tonse statt.

Die Sache ist für uns nicht erledigt. In erster...

Die Wahl hat gezeigt, daß wir, wenn die Wahl unter...

Lohnbewegungen und Streiks.

Uns freilich. In einer gütlichen Vollversammlung...

Schöner Erfolg. Zwischen den Brossfabrikanten Julius...

Bediene.

Sämtliche Bediene gelten als Wochen- und Wintertage...

Arbeitszeit.

Die Arbeitszeit beträgt täglich zwölf Stunden einschließ-

Ferien.

Jeder Arbeiter erhält nach einjähriger Tätigkeit unter...

Arbeitsnachweis.

Bei Bedarf von Arbeitskräften sind dieselben vom Arbeits-

Kündigung.

Die Kündigung ist beiderseits eine achtstägige. Maßregelungen...

Der Lohn wird den Arbeitern weiterbezahlt, wenn in...

Schlussbemerkung.

Vorstehender Tarif gilt für die Dauer von zwei Jahren...

Essen, den 1. August 1907. (Folgen Unterschriften.)

Kollegen von Essen! Daraus könnt Ihr wieder...

Aus der Konditorei-, Schokoladen- und Zuckerwarenindustrie.

Zur Beachtung!

Unsere Kollegen in Schweden eruchen uns, alle Gehül-

Backstubezuckerfünftler. Es sind hauptsächlich die in...



das heißt, wenn's hoch kommt, und der Herr Chef und Madame gut gelaunt sind; auch muß der Herr Gehülfe schon längere Zeit vom Hausintendant gehören. Doch die Herren „Künstler“ fallen dafür noch bemüht auf die Knie.

Auch Schreiber dieses ist gelernter Backgehülfe und hat immer für die Verbesserung unserer Lage gestrebt. Zunächst wurde ich, wie mancher andere verlor, in den Galleischen Verband eintritt, sah aber bald ein, daß ich meiner Ansicht nach einen falschen Weg einschlug, und trat schleunigst zum Zentralverband über. Ich glaube ja immer noch, daß die Gründung des jetzigen gelben Verbandes nicht ganz ohne vorteilhaften Einfluß auf die Konditorgehilfen gewesen ist, und mancher dadurch wenigstens den ersten Anstoß zum Nachdenken über unsere herrlichen Zustände erhalten hat. Der Hamburger 78er Verein sah ein, daß etwas geschehen müsse und leitete die Gründung in die Wege. In unserem schönen Wahne glauben wir wirklich, etwas leisten zu können.

Jetzt ist es Zeit, hieß es, wir sind genug geknechtet worden und wollen dem ein Ende machen. Wir dachten, daß binnen einem Jahre 70 pZt. der Gehülfschaft dem „Galleischen“ Verbande angehören würden, um somit einen „Generalfreitag“ proklamieren zu können. Aber wie schmachlich wendete sich das Blatt im Verlande. Man durfte noch nicht einmal scharf abgefaßte Artikel schreiben, die könnten Erregung unter hauptsächlich den mittel- und süddeutschen Gehülfsen bringen. So wurde aus dem „roten“ ein gelber Verband. Wenn es so gekommen wäre, wie man sich es ausmalte, dann hätten sich auch sicher die „Galleischen“ unserer Verschmelzung angeschlossen, und wie andere Künden wir da, wenn wir die Backgehülfsen jetzt schon mit zu unseren Genossen rechnen könnten. Jetzt sind die Backgehülfsen noch 80 Jahre im Nidstande in den Arbeits- sowie Lebensverhältnissen. Es gilt nun: An die Arbeit! Die Gehülfsen aus den Backgeschäften auch aus den Konditoreien wirklich zu organisieren! Die Parole heißt: Abschaffung des Kost- und Logiszwanges und der Konkurrenzklause! Wahrung des Koalitionsrechtes! Um die „Künstler“ zur Einsicht zu bringen, vergeht natürlich noch etliche Zeit. Dieses soll uns jedoch nicht abhalten. Ein jedes Mitglied muß mithelfen an dieser schweren Arbeit. Kämpfer, bis alle unsere Kollegen dem „roten“ Bäcker- und Konditorverbande angehören. Der Sieg muß dann unser sein! Arbeitet nach dem Wahlspruch: Mit Herz und Hand für den Verband! L. W., Hannover.

Aus der Großindustrie.

Das goldene Zeitalter! Es ist wunderbar, wie in allen möglichen Wohltaten für die Arbeiterschaft sich das Unternehmertum geradezu überschlägt. Wo nur irgend ein Uebelstand zu Tage tritt — gleich sind Dugende von Reparationen oder von christlich gesinnten Wohltätern zur Stelle, um die Schmerzen zu lindern und Balsam in die Wunden zu streuen. Und welcher wirklich „moderne“ Unternehmer fehlt in den sozialpolitischen Konferenzen, welcher Großfabrikant läßt es sich nehmen, von ganzen Herzen gerne für seine Arbeiter und Arbeiterinnen auch dann noch zu sorgen, wenn er es eigentlich gar nicht mehr nötig hätte? Das liegt doch am Zuge der Zeit! Wenn man gleich nicht mehr so streng kirchensüchtig ist und der Wissenschaft seine Achtung zollt, so weiß man doch andererseits, daß „christliche“ Liebestätigkeiten noch liberal einen recht guten Eindruck macht und hoch im Kurs steht. Zu den „angenehmen“ und „gerechten“ Löhnen häuft man noch ein Lebriges, sobald diejenigen Proleten, die trotz alledem in Not und Sorge dahinjählichen, gewiß ganz allein die Schuld tragen. Fürwahr, ein goldenes Zeitalter und eine wahre Lust zu leben für den, der sich Arbeiter nennen darf und seine ihm auferlegten Pflichten getreulich erfüllt!

Aber es gibt ja leider auch einen Teil Menschen, die durch Krankheit und Gebrechen mancherlei Art gehindert sind, diesen ihnen auferlegten Pflichten gegen die Unternehmer in so hohem Maße nachzukommen, wie diese es wünschen. Und siehe — diese leiden dann noch wirklich, weil der Unternehmer sie ja zumeist nicht unter seine schützenden Flügel nehmen kann und staatliche und kommunale Verbände auch heutzutage nicht mehr als ein Stück trocken Brot bieten. Da zeugt es dann von einem ganz edlen Herzen, wenn man solcher Grützen trotz aller entgegenstehenden Schwierigkeiten Gelegenheit gibt, ihre schwachen aber beschränkten Kräfte noch in den Dienst eines Ausbeuters zu geben, der Allgemeinheit zu stellen, damit man auch sie nebenbei mit recht viel Liebe überhäufen kann. Zwar gewinnen bisher noch die meisten Herren Kapitalisten einer solchen „sozialen Praxis“ Geschmack ab, weil sie in ihrer Mehrheit schließlich doch befürchten, daß ihre gute Absicht von heimlichen Mörkern als allergemeinste Ausbeutung und Fuchselei an den Branger gestellt wird, aber ein über alles Recht erkannte Menschenpflicht. Es kann doch schließlich in der Hauptsache dem Geschäft auch nur nützen. Man kann schließlich die beste Liebestätigkeit noch sehen lassen und solche, die sie nicht sehen wollen, durch die Mittel der Reuzzeit, Presse usw., mit der Nase recht eindringlich darauf stoßen. Und damit wird auch bestens gesorgt, daß diese darauf Gebotenen dafür eintreten, daß immerfort neue Arbeit für solche besonders unterstützungsbedürftige Menschenfinder zur Stelle ist. Zu deren Heil — der Unternehmer kommt natürlich erst in letzter Linie!

Solche ganz edle Menschenfreunde haben sich in der Leitung der Kaka-Kompagnie Theodor Reichardt, Hamburg-Wandsbek, gesucht und gefunden. Sie gegen über schon so oft selbstgepriesenen Arbeiterfreundlichkeit jetzt die Krone auf und geben dem stauenden Mitausbeutertume ihrer Branche ein geradezu unübertreffbares Beispiel, gewinnbringender sozialer Reflamemacherei. Die Firma läßt in den Zeitungen ein Gleich interieren, daß das von ihr als „Reichardt-Beim“ erworbene Waldhotel in der Nähe von Hamburg, Knipps daran nachstehenden, in seiner weitestgehenden Ausdehnung geradezu unglücklichen Galkathias: Wohlfahrtsvereine, Fürsorgevereine, Vormünder, Pfleger, Eltern: Um dem Mangel an geübten Arbeiterinnen, in jeder stark aufstrebenden Industrie hervorzutreten, ohne Verschärfung der herrschenden Dienstbotennot abzuheben, haben die Einrichtung getroffen, jetzt noch mehr als bisher schwer- rige, taubstumme und sonstige hilflosbedürftige, aber saubere Arbeiterinnen und Frauen mit geeigneten leichten Handarbeiten beschäftigen zu können, weil wir ihnen die wegen ihrer Hilflos- beidung notwendigen volle Pension zu gewähren vermögen. In Rücksicht auf diesen Zweck haben wir das hier abgebildete

im herrlichen Wandsbeler Gehölz gelegene, ursprünglich für ein Sanatorium erbaute Hotel Mariental mit 100 Zimmern, großem Saal, eigenem, ja 150.000 Quadratfuß großem Park erworben. Die Beschäftigten sollen frei wählen können, ob sie nur Logis, oder volle Pension wünschen. Für Logis, einschließlich Bett und Bettwäsche, werden 20 M., für Logis und volle Kost 70 M. pro Tag vom Lohn in Abzug gebracht. Der Arbeitsstunden- und Vorkosten bewegt sich je nach Alter, Beschäftigung, Fleiß und Uebung zwischen M. 9 und M. 18 pro Woche. Eine Taubstummenlehrerin und Verwalterin führen das Hauswesen. Pension-Beginn nach Renovation im Oktober dieses Jahres. Da die Aufnahmen nur dem Bedarf an Arbeitskräften entsprechend gesehen können, werden Vormerkungen schon jetzt angenommen.

Diesmal sind's also speziell Schwerhörige und Taubstumme, die man fangen will — das nächste Mal, wenn das Hotel nicht voll werden sollte, werden wohl noch andere „Hilfsbedürftige“, Einbeinige usw. daran kommen. Und warum den Kreis beschränken? Man wende sich doch an alle Krankenhäuser und Berufsgenossenschaften und fordere einfach alle Konvaleszenten, Halbinvaliden und solche, die man wieder „sachte“ an die Arbeit gewöhnen will! Man mache die Firma Reichardt zur Renten- quersche!

Neben der Taubstummenlehrerin kann schließlich auch noch eine solche für Blinde angestellt werden, denn Schokoladetafeln einschlagen wäre ja am Ende auch noch eine passende Arbeit für solche. — Man sieht also, welche Entwicklung der herrlichen Reichardt-Kompagnie noch bevorsteht. Wir glauben bald selbst, daß Gott es will, daß sie bald an der Spitze der Industrie marschiert, wie sie selbst vor kurzem ihrer Hoffnung Ausdruck gab. Jedenfalls hat sie zur Stunde den Rekord in Arbeiterausbeutung geschlagen. Es ist allerdings ein ganz besonderes Schauspiel, zu sehen, daß gegenüber solchen Mägen die dortige Gesamtarbeiterschaft noch in völliger Leihargie verharret. Wir glauben aber, es ist Ruhe vor dem Sturm; denn schließlich machen gar zu viele Giebe auch das geduldige Lasttier rebellisch. Und vielleicht kommt bald die Zeit, wo auch die noch im Vollbesitz ihrer Fähigkeiten sich befindenden Arbeiter und Arbeiterinnen sich taub stellen, und mit einer stummen Handbewegung der Firma einen deutlichen Wink geben. Denn einer derartigen „Sozialpolitik“ zur noch weiteren Heruntersetzung der so erbärmlichen Lohn- verhältnisse muß nun endlich energisch entgegengetreten werden. Die unglücklichen Menschen, auf deren Knochen diese Menschen- freunde spekulieren, gehören in liebevolle Pflege, in Anstalten, welche Staat und Kommune müttergütlich einzurichten und zu leiten haben und nicht in die Hände profitulistischer Unter- nehmer! Und deshalb nun hinein in die Organisation, ihr Arbeiter und Arbeiterinnen der Weltfirma — sonst zieht man euch noch ganz das Fell über die Ohren! Das könnte natürlich solchen Herrenmenschen passen, wenn sie den ganzen Betrieb voll- lauter stumme, widerstandsunfähige Personen hätten. Da würde es eine Lust sein, Antreiber zu spielen. Aber glücklicher- weise sind die Arbeiterorganisationen nunmehr doch so weit, daß solche Phantasten wieder zur realen Wirklichkeit zurückgeführt werden können.

Bäcker-Mißstände.

Die Backstube als Reinigungsanstalt. Bei einer am 9. Juni von unserer Mitgliedschaft in Weiskwasser vorgenommenen Bäckerkontrolle, um zu sehen, ob in Bäckereibetrieben über die gesetzlich vorgeschriebene Zeit hinaus gearbeitet wird, sah man früh 10 Uhr die Lehrlinge in der Back- stube des Bäckermeisters Morawitz. Es wurde angenommen, daß die Lehrlinge beschäftigt waren, weshalb Anzeige erstattet wurde. Bei der eingeleiteten Untersuchung seitens der Polizei- behörde wurde vom Herrn Morawitz sowie von den Lehrlingen bestritten, am betreffenden Sonntag gearbeitet zu haben. Die Lehrlinge gaben an, nur ihre Sachen in der Backstube gereinigt zu haben! — — — Sonderbar erscheint es aller- dings, Kleidungsstücke in einem Raume zu reinigen, wo Türen und Wände wehlig sind, trotzdem wollen wir an der Richtigkeit der Aussagen, daß die Lehrlinge in der Backstube ihre Sachen gereinigt haben, nicht zweifeln. Aber wir sind der Ansicht, daß es sich keineswegs um die Backstube, die zur Herstellung von Lebensmitteln dient, den Schuh- und Kleidungsraum abzuladen. Es ist notwendig, daß in den Bäckereien die größte Sauberkeit herrscht.

Aus dem Innungslager.

Des Obermeisters Feindschaft und Freundschaft. Als in den ersten Tagen des Berliner Bäcker- kreises eine große Zahl einjähriger Bäckermeister die Forderungen der Gesellen bewilligt hatten, wurden sie in den Versammlungen und der Presse der Innungen mit den argsten Schmähungen überhäuft. Besonders war es der „Konordia“-Obermeister Fritz Schmidt, welcher in der von ihm redigierten „Konordia- Nachrichten“ die Bäckermeister, welche bewilligt hatten, der- art schmähte und verächtlich machte, daß verschiedene der Gesellen den Staatsanwalt gegen Herrn Schmidt an- riefen, so daß ein gerichtliches Verfahren aus diesem Anlaß in Aussicht steht. Doch kürzlich verwandelte sich der wun- derbrannte Herr Schmidt für einen Augenblick in einen äußerst freundlichen Mann. An dieselben Bäckermeister, die Herr Schmidt vor wenigen Wochen in seiner Zeitung sowie in Flugblättern beleidigt und als Leute bezeichnet hatte, die nicht wert seien, als Kollegen betrachtet zu werden, sandte er folgende Postkarte:

Sehr geehrter Kollege!

Wenn Sie auch, durch die wirtschaftlichen Verhält- nisse gezwungen, bewilligen wollten, so wollen wir dennoch nicht zwei Gruppen der Meisterchaft bilden. Der unter- zeichnete Vorstand ladet Sie daher im eigenen Interesse zum Quartal am Montag, den 3. d. M., ein, da zu einem sehr wichtigen Punkt: „Der diesjährige Streit und Postkarte, seine Wirkung und was lehrt uns derselbe?“ Stellung genommen werden soll.

Indem wir Sie nochmals versichern, daß es unter ernstes Bestreben fern wird, einen Ausgleich der Innungs- kollegen herbeizuführen, bitten wir Sie recht sehr, sich ebenfalls am Quartalszuge einzufinden. Mit kollegialdem Gruß Der Vorstand, J. A.: Fritz Schmidt.

Nicht alle Empfänger dieser Karte sind der freund- lichen Einladung des Herrn Schmidt gefolgt. Die von ihnen, welche doch in die Quartalsversammlung gingen, waren arg enttäuscht. Von einem „Ausgleich der Innungskollegen“ war nichts zu merken. Dagegen sah man bald, wie sich die augenblickliche Freundschaft des Herrn Schmidt erklären lasse. Es handelte sich nämlich um die Neubesetzung des mit M. 1500 dotierten Obermeisterpostens, der durch den Tod Vogelers vakant geworden war. Als Kandidat für diesen Posten kam der bisherige zweite Obermeister, Fritz Schmidt in Frage. Die freundliche Einladung zu einem „Ausgleich der Innungskollegen“ sollte eine etwaige Opposition der beim Streit von Herrn Schmidt beschimpften Meister verhindern. Dieser Zweck ist auch erreicht: Herr Fritz Schmidt wurde einstimmig zum Obermeister gewählt. Nachdem die Wahl vollzogen war, schwand sogleich die Freundschaft des Herrn Schmidt gegen die „geehrten Kol- legen“, welche bewilligt hatten. Der neue Obermeister hielt nun zum „Ausgleich der Innungskollegen“ eine Rede, die genau auf denselben Ton gestimmt war wie seine Schimpf- epistel in seiner Zeitung und in seinen Flugblättern. — Die freundlich Eingeladenen und dann wieder Beschimpften mögen hierdurch wohl belehrt sein, daß ein Ausgleich zwischen den vernünftig denkenden Bäckermeistern und den rückständigen Schatzmachern nicht möglich ist.

Ein strafender Obermeister.

Die Gesellen des Obermeisters der Bäcker-Zwangsinnung in Deggendorf streiten. Aus diesem Anlaß hatten die beiden dort be- schäftigten Lehrlinge alle Hände voll zu tun, um mit dem Herrn Obermeister die nötige Ware herzustellen, bis er nützlich Elemente als Helfershelfer fand. Die Lehrlinge kamen öfter mit den streikenden Gesellen des Obermeisters zu- sammen, welches dem Herrn Schenkrenner durchaus nicht behagen wollte. Das strenge Verbot nützte nichts; denn die Lehrlinge kamen auf dem Wege der Kundenbedienung immer wieder mit den Gesellen zusammen, ob sie wollten oder nicht. Da kam die Strafe! Der „gerechte“ Obermeister zieht den Lehrlingen, welche schon Gesellenarbeit verrichten, die Hälfte von den paar Mark, die diese pro Woche be- kommen, ab und drangsalierter sie in jeder Art und Weise. Es ist ja nichts Neues, daß sich ein Lehrling, welcher das „edle“ Bäckerhandwerk erlernt, das Leben nimmt. Durch solche Handlungsweise, die wir hier nicht näher bezeichnen wollen, werden die jugendlichen Menschenkinder zu einer solchen Tat getrieben. Nur so weiter, Ihr Schatzmacher! Die Lehrlinge, die so behandelt werden, sind später unsere besten Mitglieder!

Die Standeschre der Unternehmer.

Vor einiger Zeit versandte der Verband der Backgeschäfte von Berlin und den Vor- orten ein Rundschreiben an die Unternehmer der Baubranche, in dem diese aufgefordert wurden, den von ihnen mit den Arbeitern ab- geschlossenen Tarif sofort zu brechen, sobald die dringendsten und notwendigen Arbeiten vollendet sind. Dieser Wort- bruch wurde als ein Ausfluß der Standeschre hingestellt.

Eine merkwürdige Auffassung von „Standeschre“!

Aber diese Auffassung wird anscheinend nicht nur in Unternehmerteilen geteilt; auch der Verwaltungsausschuß des Unternehmertums, der sich aus den diversen Staats- und Kommunalbehörden zusammensetzt, denkt über Ihre offenbar ganz anders, als die Arbeiterschaft zu denken pflegt. Daher die vielen Konflikte, die sich aus solchen zwischen Arbeitern und Behörden umzuwandeln pflegen. Arbeitern die Treue zu brechen, ist für das Unternehmertum und damit für die Güter des kapitalistischen Staates immer ein Verdienst; zu ihnen zu stehen, ein Verbrechen!

Unsere Kollegen in Berlin und Umgegend kämpfen um menschenwürdigeren Zustände. Die Beseitigung des Kost- und Logiszwanges verlangten sie von den Unternehmern und hin und wieder einmal einen freien Tag: Ein wenig Leben von der großen Sonne nur, Ein wenig Licht!

Sonst schaffen wir nicht!

Die übrige Arbeiterschaft trat an ihre Seite und mied die Bäckermeister, meidet sie heute noch, welche den Bäckern nicht geben wollten, was in anderen Berufen längst durch- geführt ist. Damit die Arbeiter aber jene Bäckermeister herauskennen mögen, welche ihren Gesellen im Streben um Verbesserung ihrer Lebensbedingungen entgegengekommen waren, wurden von der Verbandsleitung an diese Plakate ausgegeben, die ihnen bekräftigten, daß sie die Forderungen der Gesellen bewilligt haben.

Gegen diese Zeugnisse anständiger Gesinnung hub schnell ein heiliger Krieg der Behörden an. Mittelalterliche Dreßparagraphen wurden gegen sie ausgegraben, und die mittelalterliche Institution der Innung wurde schnell galva- nisiert, die klappernden Gebeine gegen moderne Ideen zu regen. Die Rirdorfer Innung unter anderem verhängte gegen Bäckermeister, welche die Bewilligung der Gesellen- forderungen durch Ausschlag anzeigten, Geldstrafen, und der Magistrat von Rirdorf, der von einem Bäckermeister da- gegen angerufen wurde, trat der Innung bei. Und das Wunderbare an der Sache: Wir der Unternehmerteile ward es verteidigt, daß ein anständiger Bäckermeister die Welt nicht wissen lassen darf, er habe menschlicherweise die geringen Forderungen der Gesellen bewilligt.

Die Innung verteidigt sich so:

„Sie erachte es mit der Standeschre eines Innungs- mitgliedes nicht für vereinbar, daß dieses den Gehülfsen- verband in seiner anerkannt unzulässigen (!) Forderung auf Ausschlag des Plakates unterstütze.“

Und der Rirdorfer Magistrat entscheidet:

„Es ist jedem Mitgliede einer Innung unbenommen, seinen Gehülfsen in Lohnfragen usw. nach Belieben ent- gegenzukommen; aber es ist nicht landesgemäß, wenn es dieses Entgegenkommen in einer von der Gehülfsenschaft geschuldeten Form unter Verletzung der abweichend ver- fahrenden Innungsgenossen kundbar macht.“

Die „Verletzung der abweichend verfahrenen In- nungsgenossen“ ist ein Phantasieprodukt des Rirdorfer Magistrats, das ihm ermöglichen soll, der innungsmeister- lichen Auffassung von „Standeschre“ beizutreten.

Aus dem Vorlaut des Plakates läßt sich nämlich die Absicht einer solchen „Wirkung“ nicht erderrigen. Und der bloße Ausschlag der Mittelung der von Bäckermeister seinen Gesellen die Forderungen bewilligt habe, kann doch



auch nach Logis des Niddorfer Magistrats andere Bäckermeister nicht bloßstellen, denn er sagt selbst:

Es ist jedem Mitgliede einer Innung unbenommen, seinen Schülern in Lohnfragen usw. nach Belieben entgegenzukommen usw.

Aber die Sache ist die: Die „Standesehre“ der Bäckermeister erfordert es, ihre Gejellen nach wie vor in der patriarchalischen Abhängigkeit des Kost- und Logiswesens zu erhalten, und die „Standesehre“ der Bäckermeister gestattet ihnen nicht, den Gejellen einen freien Tag zu geben, an dem sie auch Menschen sein dürfen. Und dieser Art von „Standesehre“ vermag der Niddorfer Magistrat keine andere Auffassung entgegenzustellen. Er findet es nicht ehrenvoll, für die um ihr Menschentum kämpfenden Bäckergejellen einzutreten; darum unterläßt er dies, und darum verurteilt er mit der Innung die Bäckermeister, die es dennoch wagen!

Eine merkwürdige Auffassung von Standesehre; aber eine für die Interessenten wenigstens recht nützliche!

Mit den Verhandlungen des „Saxonia“-Unterwerbsabstages in Dresden sind die Bäckermeister aus der Provinz nicht einverstanden. Ein Herr K. L. aus Niederhaußlau schreibt in dem Leipziger Innungsorgan „Centralblatt für Bäcker und Konditoren“ unter anderem folgendes:

Randnot machen, Bezahlen, Entzichten! Braucht sich da jemand zu wundern, wenn sich Innungen mit Austrittsgebanen tragen? Wir sind schon ein ganz hübsches Zweigelein am Aste Saxonia, gehören wir doch zum ersten zehn, wenn ich nicht jeher irre. Darum wollen wir auch gern mitreden, wenn's auch nichts zählt. Wenn ein, zwei, drei Großstädter zum selben Punkt zwei- und dreimal sprechen, das gilt; wir sind quasi gezwungen, das schon leere Strohdarm wieder mit zu dreichen, weil wir zahlen sind. Will aber ein Kleinbäcker oder Landweiber mal seinen Senf dazu geben, die wir schon selbsterwählend nicht gerade vielgliedrige Kilometerhügel haben, gleich wird man wild: „Schluß, Schluß, wie lange sollen wir denn wieder dasitzen?“ Haben wir denn nur Pflichten, gar keine Rechte? Sind wir nur als Stimmvieh da? Betrachtet man uns nur als Stimmvieh, als Dekorationspflänzchen? Oder sollen wir jenen Sängern nachsehen, der nicht singen konnte, aber trotzdem die vorgezeichneten Pausen ausfüllte. Bitte Antwort! Wenn es gilt, fürs große Ganze einzutreten, waren wir immer da; man zeigt uns den kleinen Finger, wenn wir gebraucht werden. Aber verlangen wir nur eine Kleinigkeit, ja Bauer, das ist was anderes. Entweder kommt es gar nicht erst auf die Tagesordnung, das Schicksal ist schon in der Vorstandssitzung besiegelt, oder: kommt damit nächstes Jahr wieder. Ich glaube überhaupt, daß ja alle Anträge, oder was damit geschieht, schon in der Vorstandssitzung erledigt sind. Ist solches hübsch?

Der Gesamtverband wurde durch aller Beiräten auf seinen Kopf besetzt und soll uns vertreten, aber nicht erteilen. Warum will denn eigentlich jeder, der im Vorstand sitzt, getraut werden, am liebsten mit Aufgebot, wenn er kein Geschäft mehr hat. Nach meiner Ansicht gehören in den Vorstand in der Hauptstadt Kollegen, die noch mitten im Erwerbsleben stehen, keine Rentiers, die nicht mehr zu wissen brauchen oder wollen, wo uns der Schluß drückt. Schwann-Baumgarten jagte sehr zutreffend: Laßt doch jeden seine Meinung sagen, auch den Kleinen! Nun aber der Antrag des Bezirks XIV. Er war gut gemeint, nicht etwa, daß wir uns und anderen kein Vergnügen gönnen wollen, im Gegenteil, aber er ist nichtig arbeiten, dann Schmidt's Ehen. Jedoch in unserem Verbandsrat ist's so: Die ersten fünf bis sechs Punkte, in welcher in der Hauptstadt die Großstädter alle ihre Interessen zu vertreten wissen, werden eingehend behandelt. Der Großstädter braucht dann auch keine Sonderanträge einzubringen, wird dieses auch höchst selten getan haben. Kommt dann a, b, c usw. da wird im Automatismus, im Quasibetrug, hantiert. Sehr nicht anders, immer jehe, um 4 Uhr ist Tafel. Es kommt der Herr Überbäckermeister, welcher jetzt abgehalten ist. Wir waren auch einverstanden gewesen, wenn die Verhandlungen auf zwei Tage verlegt worden wären; Hauptfrage ist eben, daß für unser liebes Bäckergewerbe etwas Ersprießliches herauskommt.

Letzen wollen wir jehen, nicht nur schöne Worte, und solches ist doch gewiß nichts Unrechtes. Aber dürfen wir's denn jagen, es war ja keine Zeit, keine Lust, die Dresdener machten wohl auch erst noch Zahlen. Nun fiel mir noch auf, daß der sehr unangenehme Preis der Dampfschiff nach Königsberg 1,90 ist; wir hatten Ermäßigung, darum durften wir alle 2 zahlen. 1906 Großstädter sind 120. Doch wir wollen keine Juden sein. Für heute genug. Aber wenn jenseit noch jemand etwas wissen will, ich weiß noch mehr.

Die getrennten Damer, Simon und Konsorten werden kein Verlangen hegen, noch mehr wissen zu wollen. Wir haben schon in Nr. 2 d. H. die Vermutung angedeutet, daß sich die ebenen Jünger recht eifrig auf diesem Verhandlungstisch in die Haare geraten werden. Diese unsere Vermutung wird durch die Ausführungen des R. 2. bestätigt. Neues ist uns ja nicht geblieben, denn wir wissen schon lange, daß es hauptsächlich auf den Jahreskongress-Verhandlungen recht lieblich zugeht. Die großen Damermeister, a. b. Simon usw. führen das große Wort und die kleinen Gemeindegänge können keinen Hehl über sich zeigen — um so jagen! Dieses wird dem Unterwerbsabstagesrat und auch in der Erklärung stehen, aber unbedeutend, und sich über den kleinen Damermeister, der es keinen großen Hebel nachmachen muß, an den Erwerbsverhältnissen nachdenken lassen, damit er wenigstens die Köpfe mit bezahlen darf, und ihn die Gesamtinteressen halber über der Spindel nehmen.

Zu helfen solltlichen Damermeister werden es auch jagen, die unsere Verhältnisse zu verbessern, um juchend auf ihren Verhältnissen zu arbeiten zu können, aber auch ihre eigenen Kollegen leben sie nicht ungeschoren, wie die Bezahlung der Damermeister nach Königsberg beweist. Dieser kommt dann aber auch der Herr Oberbäckermeister, um es bei Tafel mitzunehmen.

Was werden denn die ebenen Damer, Simon und Konsorten in den letzten Worten des Herrn K. L. jagen? Wir glauben gar nicht!

### Berichte aus den Mitgliedschaften.

Berlin. Sektionsversammlung der Bäcker am 6. August. Kollege Schneider referierte über: „Das eingereichte, vorzuziehende Nachwerk der Bäcker-Innungen über den diesjährigen Kampf an das Statistische Amt.“ Redner jerpflückte die von „Bäckerliebe“ strotzende Eingabe in unheimlicher Weise und wies darauf hin, daß die Verbandsleitung einen ausführlichen, wahrheitsgemäßen Bericht an das Statistische Amt gelangen lasse. Diskussion fand nicht statt. Verschiedene Kollegen stellten den Antrag, allmonatlich eine Versammlung abzuhalten, in welcher ein wissenschaftlicher Vortrag gehalten wird, damit die Mitglieder mehr aufgeklärt würden. Der Antrag wurde angenommen. Schneider stellte den Antrag, eine Kommission zu wählen, die die Angelegenheiten in der letzten Versammlung gegen die Verbandsleitung untersuchen soll. Es wurde festgestellt werden, ob dieselbe ihre Schuldigkeit getan habe oder nicht. Knoll wandte sich gegen den Antrag, denn die Ausserungen des betrunkenen gewesenen Kollegen könnten nicht ernst genommen werden. Der Antrag wird angenommen. In die Kommission wurden gewählt: Knaub, Schumann, Vorkardt, Kaitner, Partika, Knoll, Erbe, Feuber, Lische und Viefänder. Nachdem noch Kollege Schneider auf das kommende Sommerfest hingewiesen hatte, wurde die Versammlung geschlossen.

Vogum. In unserer gut besuchten Mitglieder-Versammlung am 11. August hielt Kollege Bauer ein Referat über das Thema: „Arbeiter- und Arbeitgeber-Verbande.“ Der lehrreiche Vortrag wurde von den Kollegen mit großer Aufmerksamkeit verfolgt. Beim Punkt „Sektionsvorstandswahl“ wurden die Kollegen W. H. Großhuth als erster Vorsitzender, Oskar Wulterich als Kassierer und Conrad Wulterich als Schriftführer und Kartellbelegierter gewählt. Der Punkt „Verschiedenes“ war sehr lebhaft.

Chemnitz. Am 8. August fand in „Stadt Meissen“ unsere regelmäßige Mitglieder-Versammlung statt. Kollege Weiser referierte den Jahresbericht. Aus demselben geht hervor, daß tüchtig gearbeitet worden ist. Die Erfolge hätten aber bedeutend bessere sein müssen und fordert deshalb Redner die Kollegen auf, ihr Möglichstes zu tun, damit wir in Zukunft besser als bisher davorzukommen. Die Scharfemacher- und Unterdrückungsgefühle der hiesigen Innungsgewaltigen erfordern eine kräftige und schlagfertige Organisation unsererseits. Aufgenommen wurden 85 Mitglieder, Beiträge wurden 2362 umgelegt. In derselben Zeit des Vorjahres wurden 57 Mitglieder aufgenommen und 960 Beiträge umgelegt. Die Einnahme im Kassenschein betrug am 1. Januar 1907 M. 1692,47, die Ausgabe M. 1651,68. Zur Agitation fanden 57 Beratungen statt, wozu 6800 Flugblätter, Handzettel usw. nötig waren. Postverkehr: eingegangen 131 Briefe, 123 Postkarten, 48 Druckfachen und Pakete sowie 3 Telegramme; ausgegangen 204 Briefe, 69 Postkarten, 488 Druckfachen, 2 Telegramme. Durch den Arbeitsnachweis wurden 16 Stellen vermittelt. Davon waren 8 für ständige und 8 für Aushilfsarbeit. Der Höchstlohn betrug für ständige Arbeit pro Woche M. 31, der niedrigste M. 17 und eine Stelle mit Kost und Logis für M. 10. Der Höchstlohn für Aushilfsarbeit pro Woche M. 40, der niedrigste M. 20. Kollege Weiser läßt dann noch verschiedene Vorkommnisse Revue passieren und verbreitet sich zum Schluß über die nächsten Aufgaben unserer Zahlstelle. Nachdem verschiedene Kollegen zu dem Bericht Stellung genommen, wurde dem Kollegen Weiser Decharge erteilt. Bei dem zweiten Punkt wurde das Mitglied Heinrich Böhm wegen Diebstahls aus dem Verband ausgeschlossen. Dem Kollegen König wird ein Mißtrauensvotum angedreht und wurde beschlossen, daß die nächste Versammlung noch einmal dazu Stellung nehmen soll. Mit der Aufforderung, sich an allen Arbeiten der nächsten Zeit rege zu beteiligen, wurde die Versammlung geschlossen.

Halle. Öffentliche Versammlung für die Arbeiter und Arbeiterinnen in den Söpoladen-, Hornschuch- und Judentorenfabriken am 9. August. Kollege Friedrich-Halle als Referent legte den Anwesenden klar, auf welche Weise es nur möglich sei, ihre Lage zu verbessern. Den Beschäftigten in der Fabrik von Hr. David & Söhne, A.-G., die in einer großen Anzahl erschienen waren, legte er es besonders ans Herz, daß sie sich endlich einmal anfragen möchten, um die Zustände, wie sie in diesen Betrieben noch bestehen, endlich zu beseitigen. Der Referent, welcher dem Redner spendet, und die Anzahl der Annahmen, welche nach der Versammlung zu verzeichnen waren, war Beweis dafür, daß seine Worte auf fruchtbaren Boden gefallen waren und daß unsere Schwägerinnen und Brüder in den genannten Fabriken auch Willens sind, die Fesseln der Sklaverei abzuschütteln. In der Diskussion wurden die hiesigen Verhältnisse im allgemeinen und die in der Fabrik von Hr. David noch einmal besonders beleuchtet. Auch des „Deutschen (nationalen) Konditorenverbandes“ wurde gedacht. Ein Mitglied dieses Verbandes jahlte sich berufen, für diesen eine Lanze zu brechen. Frau Sacke, die Führerin der hiesigen organisierten Arbeiterinnen, ermahnte die weiblichen Besucher, sich vom dem Gedankens frei zu machen, daß die Organisation für sie nicht wäre. Ihre Pflicht sei, einzutreten in die Reihen des organisierten Proletariats. In dieser Versammlung ist im genannten Betriebe Freigelegt worden und das Wort der Aufklärung wird weiter fortgesetzt werden. Vorläufig mag aber der Herr, welcher in den Versammlungen als Aufpasser erscheint, darauf eintreten, daß bessere Lohn- und Arbeitsbedingungen für die Arbeiter und Arbeiterinnen Platz greifen, anstatt sich zu dem traurigen Amt eines Spions gebrauchen zu lassen. Der gute Mann ist auch weiter nichts als ein Arbeiter im Strickzug. Aber ein unabhängiger, aufklärter Arbeiter will nichts mit ihm gemein haben, denn ein solcher, welcher Spionagenbetriebe betreibt, um sich nur seine Stellung zu sichern, wird dem unabhängigen Arbeiter, wenn sie auch nicht im Strickzug folgern, verachtet!

München. Am 7. August fand die ständige Mitglieder-Versammlung statt, welche gut besucht war. Genosse Timm referierte über: „Gewerkschaftliche Fragen aus dem internationalen Kongress in Stuttgart.“ Derselbe schildert die Arbeiterbewegung in einzelnen Staaten und kam insbesondere auf die Missstände zu sprechen. Er betonte, daß die Arbeiter, weil einmal eingetret, auch durchgehend werden müssen und daß trotz aller Schärfe von Seiten der Arbeitgeber, es kein Hindernis sein kann. — Zum zweiten Punkt gab Kollege Timmer den Jahresbericht vom 1. Januar bis 30. Juni d. J., welcher sich wie folgt gestaltete: 817 Annahmen wurden gemacht, 2372 Beiträge erhoben. Der Gesamt-Einnahme von M. 16317,94 steht eine Ausgabe von M. 12875,88 gegenüber. In Beiträgen wurde ein Rest von 2507 gegenüber dem vorigen

Halbjahresabschluss erzielt. Der Mitgliederstand beträgt 1017. An Unterführungen wurden ausgeführt M. 6280,80. Beim Arbeitsnachweis wurden 37 feste Stellen und 268 Aushilfsstellen vermittelt. Alles in allem eine erfreuliche Aufwärtsbewegung, welche noch besser sein könnte, wenn alle Mitglieder nur halbwegs Agitation betreiben würden. Mit der Wahrung, die Mitglieder möchten auf dem Posten sein, damit bis Jahresabschluss ein weiteres Hundert neue Kämpfer gewonnen ist, wurde die schön verlaufene Versammlung geschlossen.

Offenburg. Öffentliche Bäcker-Versammlung am 30. Juli. Kollege Mehl, Freiburg, sprach über: „Die gegenwärtige Lage der Bäckergehilfen Süddeutschlands und wo werden unsere Interessen am wirksamsten vertreten.“ Seine von der Leder nur mäßig besuchten Versammlung mit Befall aufgenommenen Ausführungen endigten mit der Aufforderung, dem „Deutschen Bäcker- und Konditorenverbande“ als einzigen Vertreter der Gejelleninteressen beizutreten. In der Diskussion wurde von mehreren Kollegen über eine übermäßige Bezahlungssteigerung geklagt. Ein Kollege machte die Mitteilung, daß ein Lehrling, wenn er Vormittags in die Gewerbeschule müsse, Nachmittags das Brot einfach austrage. Dessen Meister ist im Bürgerausschuß; scheinbar aber nur, um seine Mammoninteressen zu fördern. — Als zweiter Punkt stand der Arbeitsnachweis auf der Tagesordnung. Derselbe wurde bis vor sechs Wochen von dem Bäckermeister Strieger verwaltet. Die Geschäftsführung dieses Herrn wurde vom Vertrauensmann einer starken Kritik unterzogen und auch andere Kollegen versprachen, ihm ein „ehrendes“ Andenken bewahren zu wollen. Es wurde folgende Resolution angenommen und der Bäckerring unterbreitet: Die heutige Bäckergehilfen-Versammlung beschließt, die Herren Meister zu ersuchen, die bisherige Arbeitsvermittlung aufzuheben und dieselbe der städtischen Arbeitsvermittlung anzugliedern. Die Versammlung überläßt es den Meistern, Zeit und Ort zu bestimmen, um mit der von der Versammlung gewählten Kommission über obigen Antrag zu verhandeln. Die Versammlung gibt sich der Hoffnung hin, daß die Meister den Antrag wohlwollend prüfen, da derselbe nur in beiderseitigem Interesse liegt, denn der städtische Arbeitsnachweis wird unparteiisch verwaltet und die Arbeit unentgeltlich vermittelt. Die Versammlung ersucht, Antwort an den Vorsitzenden der Kommission, J. Mattheis, gelangen zu lassen.

Anmerkung des Schriftführers. Die Versammlung hat bewiesen, daß die Offenburger Gejellen wissen, wo ihre Interessen vertreten werden und hat deshalb die Kommission aus nur Verbandsgejellen zusammengelegt. Möchten sie aber auch halbtig einsehen, daß es damit nicht genug ist, sondern sie die Pflicht haben, dem Bäcker- und Konditorenverband beizutreten und für dessen Ausbreitung Sorge zu tragen. Dann werden auch in Offenburg bessere Verhältnisse geschaffen, und es wird auch dort vorwärts gehen.

### Gewerbegerichtliches.

Klage wegen Nichtinnehaltung des Tarifvertrages. Der Bäckergejelle Alfred Wagner klagte am 10. Juli vor dem Gewerbegericht in Frankfurt a. M. gegen den Bäckermeister Sudw. Schiela dorthelbst auf Auszahlung von M. 28,39 rückständigen Lohnes, welcher vom Beklagten anerkannt und dem Kläger zugesprochen wurde.

Ferner verlangte Kläger die Nachzahlung von M. 6 pro Woche zu dem erhaltenen Lohn von M. 22 vom 1. April ab, im ganzen M. 69,48. Die Forderung stellte Kläger auf Grund des am 1. April abgeschlossenen Tarifes. Jedoch wurde dieselbe abgewiesen. Kläger war beim Beklagten vom 28. November 1905 bis 20. Juni 1907 tätig und erhielt vom 1. April bis zum Austrittstage einen Lohn von M. 22 pro Woche. Das Gericht kam zur Abweisung der Forderung, weil Kläger während der Dauer des Arbeitsverhältnisses mit seinem Lohn zufrieden war und weitergehende Ansprüche nicht stellte.

Endlich verlangte der Kläger noch den Lohn für eine Woche, weil er die eine Woche Ferien, welche ihm nach dem Tarife zusteh, nicht erhalten habe. Diese Forderung wurde als begründet angesehen, weil Kläger vor Austritt aus dem Arbeitsverhältnis diese Forderung an den Beklagten gestellt hatte. Nach dem Tarifvertrage hat der Geselle nach einer Beschäftigungsdauer von über einem Jahr Anspruch auf eine Woche Ferien. Nach dieser Bestimmung hatte also der Kläger das Recht, in den Sommermonaten eine Woche Ferien zu beanspruchen. Da nun aber die Sommermonate bei seinem Austritt noch nicht beendet waren, wurden dem Kläger die Ferien nur für die verflochtenen Sommermonate zugesprochen und dieselben mit M. 12 bewertet. Zu diesem Beschlusse kam das Gewerbegericht auch deswegen, weil nach den Bestimmungen des Tarifes die Ferien als Ersatz für geleistete Sonntagsarbeit, nicht etwa als freiwillige Zuwendung gelten.

Dieses Urteil ist interessant und von den Kollegen wohl zu beachten. In den Reihen unserer Kollegen ist vielfach die Ansicht vertreten, daß mit Abschluß eines Tarifes derselbe sofort rechtliche Gültigkeit habe. Das ist nicht immer der Fall. Wenn z. B. ein Kollege bei Abschluß eines Tarifes schon längere Zeit bei einem Bäckermeister beschäftigt ist, so hat der Tarif erst dann rechtliche Gültigkeit für ihn, wenn er das Verlangen an den Bäckermeister stellt, die Lohn- und Arbeitsbedingungen nach den Bestimmungen des Tarifes festzusetzen, falls derselbe nicht schon freiwillig dem Tarife Rechnung getragen hat. Hätte der Kollege Wagner die Forderung auf Nachzahlung der M. 6 wöchentlich dem Bäckermeister vor Austritt aus dem Arbeitsverhältnis unterbreitet, dann wäre das Gericht zu einem anderen Urteil gekommen. Hätte Wagner nicht vorher das Verlangen an den Bäckermeister auf Gewährung der Ferien gestellt, so wäre er auch mit dieser Forderung abgewiesen. Für solche Kollegen aber, die während der Tarifdauer Stellung annehmen, erhält der Tarif sofort rechtliche Gültigkeit.

### Polizei und Gerichte.

Lohnkampf und öffentliches Interesse. Im März dieses Jahres hatten die organisierten Bäckergehilfen an den Bäckermeister Klaus-Chemnitz Forderungen mit einer eingehenden Begründung eingereicht, um ihre Verhältnisse etwas aufzubessern. Verlangt wurde die Beseitigung des Kost- und Logiszwanges und Zahlung eines Minimallohnes von M. 21; Anerkennung des Verbandsarbeitsnachweises, solange ein paritätischer Nach-



wels nicht besteht. Einer Kommission, die zwecks Unterhandlung vorstellig wurde, erklärte Herr Klaus, er werde erst dann auf die Forderungen eingehen, wenn zwei Drittel der hiesigen Meister die gleichen Forderungen anerkannt hätten. Die zur Zeit beschäftigten Gesellen wolle er hinausstoßen, würde überhaupt lieber sein Geschäft schließen, als auch nur etwas bewilligen. Darauf legten die drei Gehülften die Arbeit nieder. Es war unmöglich, irgend eine Einigung zu erzielen, Herr Klaus sprach den Forderungen die Berechtigung einfach ab. Bei der mündlichen Verhandlung sollte Herr Klaus auch auf die Mißstände im Betriebe aufmerksam gemacht und Abstellung verlangt werden, oder aber, falls dies nicht helfe, einem Gewerbeaufsichtsbeamten die Sache unterbreitet werden, um das Weitere zu veranlassen. Da Herr Klaus sich aber auf nichts einließ, blieb nichts übrig als eine Reihe Nachschubgeheimnisse der Öffentlichkeit zur Begründung der aufgestellten Forderungen durch ein Flugblatt zu unterbreiten. Als dann Herr Klaus durch schriftliche Mitteilung ersucht wurde doch zu verhandeln, um den Streit beizulegen, da er uns sonst event. zwingen, den Kampf in verschärfter Form weiterzuführen, erwirkte Herr Klaus durch seinen Rechtsanwalt Reiffneider, eine einstweilige Verfügung gegen den Bezirksleiter P. Weinert, worin es hieß: Dem Antragsgegner wird unter Androhung von Haftstrafe bis zu 6 Monaten für jeden Fall der Zuwiderhandlung untersagt, Behauptungen des Inhalts zu veröffentlichen oder sonstwie zu verbreiten, daß die bei dem Antragsteller beschäftigten Bäckergehülften minderwertige und infolge Unsauberkeit bei deren Herstellung ekelerregende Kost vorgelegt erhalten, daß die Arbeitsräume der Bäckerei, insbesondere die Backstube, schmutzig und voller Unrat und Ungeziefer seien, und daß im Betriebe des Antragstellers bei Herstellung des Brotes unsauber und ordnungswidrig verfahren werde. Der Kampf kam, ganz gleich aus welchen Gründen zum Stillstand. Herr Klaus scheint, ziemlich spät, aber doch die Erkenntnis gekommen zu sein, daß es besser gewesen wäre, er hätte mit uns verhandelt und die Verhältnisse etwas aufgeheitert. Allerdings hätte dann Herr Klaus auch seine Information nicht bei der scharfmacherischen Innung holen dürfen. Aber, „wen die Götter verderben wollen, den schlagen sie mit Blindheit!“ Wieviel Herr Klaus vor dem Arbeitgeberverband Unterstützung erhalten hat, ist noch nicht bekannt geworden, nun vielleicht hat Herr Klaus mehr Glück als seine an die Armenverwaltung verwiesenen Berliner Kollegen. Die Sache scheint aber noch interessant zu werden; denn die Staatsanwaltschaft hat gegen Dr. Granz und P. Weinert im öffentlichen Interesse Klage erhoben. Öffentliches Interesse beansprucht auch die Behandlung dritter Nachschubgeheimnisse und wird unsere Mappe gerichtlich erhärteter Geheimnisse wohl um ein „schönes“ Blatt reicher werden. Läge es nicht ebenso im Interesse der Volksgesundheit wie im Interesse der Gesundheit unserer Kollegen, so hätten wir diese „Niedlichkeiten“ auch nicht der Öffentlichkeit zu unterbreiten brauchen; aber wir werden uns nie den Ausspruch: „Vom Dreck werden die Schweine fett“, zu eigen machen, sondern werden immer wieder frisch, fröhlich und frei die Schweinigel an den Pranger stellen.

**Zur Polizeihandlung gegen die Bewilligungs-Plakate.** Uns wird geschrieben: Mit welchem Eifer sich die Polizei beim letzten Berliner Lohnkampf bemühte, die Interessen der Bäckermeister zu schützen, zeigt folgender Vorfall:

Zu dem Milchhändler P. in der Sp.-Straße kam einige Tage, nachdem die Streikleitung die großen Plakate für ungültig erklärt hatte, ein Schutzmann, der die Entfernung eines Plakates sowohl aus dem Schaufenster als auch aus dem Laden verlangte. Auf die Frage des Geschäftsinhabers nach dem Verwurde zeigte der Schutzmann folgende, an das Polizeibureau gerichtete anonyme Karte:

Herr P., Sp.-Straße, hat das Plakat aus seinem Fenster nicht entfernt. Wir fühlen uns in unserem Geschäft geschädigt und eruchen die Polizei, die Entfernung des Plakates zu veranlassen. Ein Bäckermeister.  
Man sollte es kaum für möglich halten, daß durch eine erartige niedrige Denunziation eines hinterlistigen Vur-then, der zu sich ist, seinen Namen zu nennen, sich die sonst temlich schwerfällige Polizei in Bewegung setzt. Es beweist ies aber wieder, wie schnell und bereitwillig die Polizeirgane sein können, wenn es gilt, Bäckermeisterinteressen u schützen.

**Aus christlicher und gelber Werkstatt.**

**Die Christlichen für die Lehrlingszuchterei.** Als vor ungefähr dreiviertel Jahren auf der bayerischen Gau-ferenz die Delegierten den Beschluß faßten, an die Handwerkskammer Anträge auf Herabminderung der Lehrlingszahl u stellen, waren die Christlichen nicht dabei. Die Folge war, daß der christliche Gesellenausschuß der Passauer Bäckerei, um dem Kollegen Gahner entgegenwirken zu können, sich gut-tätig wie folgt äußerte: „Der Gesellenausschuß § 1 (bis 3 Gehülften 1 Lehrling, auf weitere 3 Gehülften solcher mehr, Höchstzahl 2 Lehrlinge) für zu weitgehend u begutachtet: von 0-2 Gehülften 1 Lehrling, -3 Gehülften 2 Lehrlinge, von 5 Gehülften und -6 Gehülften 2 Lehrlinge.“

Man möchte meinen, nachdem in Passau auf 65 Gehülften 1 Lehrlinge kommen, und dort besonders viele ehemalige Bäder in abrufen und als Tagelöhner im Hafen beschäftigt sind, den christ-lichen Weltverbesserern am ersten die Augen aufgehen würden. Aber ein gefühl: um sich den Meistern gegenüber wieder ein wenig anzuschmeicheln, war man trotzdem für Lehrlings-zuchterei. Ja, ja, durch Taten und offenes Auftreten die rage der Bädereigenen zu heben, ist freilich etwas anderes, als Versammlungen den Schächten Kohl vorzukauern. Wie lange ist es noch dauern, bis die Passauer Kollegen dieses schädigende reiben der „echten“ Christen begreifen?

**Schimpfen gehört zum Handwerk!** Wir lesen in der Rheinischen Zeitung: „Warum die „Christen“ schimpfen, teilte er ihrer Führer, der Gauleiter und Agitator Wacker, in einer sentlichen Holzarbeiterversammlung in Strassburg mit. Als nämlich sich aufs hohe Ross setzte und den starken Mann arkerte, viel von Solidarität und gemeinsamem Zusammen-beiten fabelte, da röh den freien Gewerkschaften die Geduld, id den „Christen“ wurden die Sünden ihres Verbandes gebdrig ter die Nase gerieben. Hauptsächlich wurden die Schimpferien id Verleumdungen der „christlichen“ Presse und speziell die des ristischen“ Holzarbeiterorgans, die sich gegen den freien Verband

richten, festgenagelt. Da erhob sich Herr Wacker und gab folgende Rede von sich: „Daß in unserm Organe dem „Deutschen Holz-arbeiter“, über die anderen Gewerkschaften, speziell aber über den Deutschen Holzarbeiterverband geschimpft wird, geschieht doch ganz selbstverständlich nur aus agitatorischen Gründen. Die Artikel sind deshalb so scharf geschrieben, um Mitglieder zu gewinnen.“

**Die Blamage des Nürnberger Obermeisters im Bunde mit Jernschwindschty.** Wie man schon in ver-schiedenen Städten zur Erhaltung des Kleinhandwerks als letzten Rettungsanker die sogenannten Meisterkreise engagiert, so glaube man auch in Nürnberg im Bunde mit dem katholischen Gesellenverein eine handwerkserhaltende Aktion be-werkstelligen zu müssen. Und zwar wollte man vor allem ein-mal die roten Verbandsgesellen ordentlich klein kriegen, die ja nur das „gute schöne“ Einbernehmen zwischen Meister und Ge-hülften“ zerstören wollen. Nach langen Beratungen wurde man sich dahin einig, es einmal mit dem gelben Bundeshauptling zu versuchen. Die katholischen Gesellenvereine lachten sich schon stillvergünstigt ins Häufchen; denn es galt doch die „Noten“ abzumurfen. Aber „mit des Schicksals Mächten ist kein ewiger Bund zu flechten“. Am 11. August sollte diese Ab-schlachtung vorgenommen werden; wozu man einen Kongreß aller bairischen Kollegen anberaunt hatte. Von auswärts waren Delegierte und zwar aus Ingolstadt, Augsburg, Fürth und Erlangen erschienen. Waren schon wegen der schwachen Beteiligung der auswärtigen Vereine — die den gelben Schwindel ebenfalls erkannt haben — der gelbe Hauptling und die der „kommenden Dinge harrenden“ Meister müßlos geworden, so gerieten sie aber ganz außer Fassung, als auch fast sämtliche Nürnberger Vereine durch Abwesenheit glänzten.

Kurz vor 4 Uhr — zwei Stunden später als angelegt — wurde der Kongreß von Niebler eröffnet. Gleich anfangs steckten die Innungsgemaltingen schon ergrimmt die Gesichter auf, an denen ein Unparteiischer seine größte Freude haben konnte, weil die vorgelegenen Personen nur widerwillig ihre Posten im Bureau annahmen. Von den circa 40 Anwesenden — darunter 16 Meister und ziemlich viele Verbandskollegen — ließ Jernschwindschty seinen geistebarmen Hirngespinnsten freien Lauf, die nur aus Schimpfepiteln über den „Deutschen Bäder- und Konditorverband“ und dessen Führern, bestanden. Wie verlogen und tölpelhaft die hergedehnten Sprüche gewesen sind, beweist, daß nachträglich ein auswärtiger „Kongreß-delegierter“ erklärte: „Es wäre höchste Zeit, beim Jernschwindschty den „Nürnberger Richter“ in Funktion treten zu lassen.“ In der Diskussion erklärte ein katholischer Gesellenvereiner stolz: „Könnten andere Berufe sechs Tage arbeiten, so können wir B ä d e r auch sieben Tage schaffen, denn als Ertrag haben wir einmal als Meister unseren schönen, braunen, knußerigen Sonntagbraten, der uns alles vergessen läßt.“ O sancta simplicitas! Das Obermeisterlein verzapfte zum Ueberflus noch die Weisheit, daß die „ehrbaren“ Meister eine große Freude hätten, wenn der Bund gegeben würde. (Das glauben wir gern, D. Verf.) Die Nürnberger Vereine sollten den Grund bilden, auf dem die gelbe Kirche der hand-werksmeisterlichen Zukunft erbaut werden sollte, und nun — wurde durch deren Abwesenheit alles in Frage gestellt. Es sollte darüber abgestimmt werden, ob der Bund gegründet werden solle und nun waren keine Vereine vertreten, denn die anwesenden Delegierten waren nur auf Veranlassung der Bäckereimeister bzw. in eigenen Interesse erschienen. Dem gelben Gustab wurde schweiß und er hatte vollständig den Kopf verloren. Auch die Innungsgemaltingen wußten nicht aus noch ein. Da ein Rettungsanker! Ein Bädereigelle Wiener machte darauf aufmerksam, daß jeder einzelne Kollege auch dem Bunde beitreten könne. Dem Gustab war geholfen! Die Fürther, Erlanger und Augsburger erklärten ihren Beitritt und der smarte Hartmann kann in der nächsten Nummer der Zeimruten wiederum berichten, daß der gelbe Bund um die Mitgliedschaften: Erlangen, Fürth und Augsburg ermarkt ist. Nachdem das übliche Telegramm an den obersten Schirmherrn abgehandelt war, wurde der so „latenreiche“ Kongreß geschlossen. Folgender Brief ist dem Einlader zu dem Kongreß von einem Gehülften-verein zugegangen, der aber aus sehr naheliegenden Gründen nicht berlesen wurde:

Sehr geehrter Kollege!

Die Einladung zum Kongreß haben wir erhalten und dazu in unserer letzten Versammlung Stellung genommen. Die Mitglieder waren vor allem aufgebracht über die Un-genauigkeit des Zweckes der Konferenz und vermuten, daß dort nicht Gehülfteninteressen zur Sprache kommen werden, sondern solche der Meister. Für Gehülften nimmt es sich aber recht jauchend aus, Meisterinteressen zu vertreten, da diese selbst Zwangsbinnungen, Handwerkskammern, Arbeit-geberverband und was der Teufel sonst noch alles haben. Wenn diese es mit solchen Mitteln nicht fertig bringen, das Handwerk zu heben, so muß man sie ihrem Schicksal überlassen.

Aber noch trauriger sind die Gehülften, die das nicht begreifen wollen. Sie lassen uns zu solch feiger Macherei nicht herbei, sondern überlassen diese Verräterei von Gehülften-interessen den notorischen Streichbrechern und Speichelleckern. Es gibt schon noch finstere Ecken in Bayern, aber sich selbst dem Meßer überliefern, fällt uns nicht ein, sondern das können die Großhändler, vielleicht die Nürnberger oder Fürther Gehülftenvereine tun, uns bitten wir aber ein für allemal aus dem Spiel zu lassen. Hoffen aber, daß dieses Nischen im Trüben auch bei allen übrigen keinen Anklang finden möchte.

Mit Gruß R. N. Bäderegehülftenverein.

Mit gesenkten Häuptern, erzürnten Gesichtern über diesen Mißerfolg konnte man die dicken Meisterleins schweigend ihren heimatischen Penaten zustrauern sehen. Sie waren wieder um eine Erfahrung reicher geworden. Die anderen Kongreßteil-nnehmer gaben sich ein Stellbchein im „Katholischen Gesellen-anno“, wo sie sich durch einige Maß bairischen Bieres über sie unangenehme Blamage hinwegsetzten.

Die bairischen Kollegen haben bekundet, daß sie mit der Verräter-Schwisstruppe nichts zu tun haben wollen; daß sie sich nicht von den gelben Mustern fördern lassen. Der freie Organisationsgedanke hat bei ihnen schon tiefe Wurzeln gefaßt. Darum hat und wird für sie immer die Parole gelten: **Weg auf den letzten Mann hinein in den „Deutschen Bäder- und Konditorverband“! Nieder mit dem gelben Schmarotzertum!**

**Ein Opfer Hartmannscher Kriecher- und Bedürfnislosigkeitstheorie.** Ein Bädereibesitzer in Pöhlau er-hielt von einem Gesellen eine Postkarte mit folgenden Aus-sührungen durch die Post zugestellt:

Hierdurch mitgeteilt daß ich erst in 14 Tagen kommen kann außer es kommt eher ein Knecht. Ich werde für M. 6 arbeiten. Ich denke ihr verdet solange vorzukommen. Wollt ihr aber auch einen anderen anschaffen, so schreibt recht bald wieder (aber einen Brief). Nächsten Sonnabend über 8 Tagen werde ich schon gegen Abend eintreffen. Also seid ihr bloß eine Nachtschicht allein. Erhalte ich keinen Brief, so ist meine Sache bestimmt, sonst einen Brief. Walter.

Aus dem Inhalt geht hervor, daß, nachdem Walter für M. 6 arbeiten wollte, der in der betreffenden Bäckerei bis dahin beschäftigte Geselle den Pauspaß bekam, weil er nicht mit einem solchen Trinkgelb zufrieden war. Walter muß auch ein hervor-ragender Musternabe sein, sonst könnte er doch nicht durch einen Hausknecht ersetzt werden. Wenn ein Knecht kommt, schreibt er, kann er schon eher die mustergültige Stellung antreten.

Es ist bezeichnend für die Innungskrauter, welche immer von Standesbewußtheit usw. fajn sein, daß sie durch Annahme solcher Helben der unwürdigen Kriecherei Vorjuden leisten. Aber was soll man von den Leuten weiter erwarten? Gedanken sind doch dadurch einen größeren Proffit einheimsten zu können. Und da darf Moral keine Berücksichtigung finden.

Aber erst der Zeimrutenonkel! Er kann stolz auf seine „uneigenntüchtige“ Lehre von der Bedürfnislosigkeit sein. Er sorgt dafür, daß die Bädereimeister alle nach seinem berühmten Muster (Bezahlung seines Volontärs mit monatlich M. 40) handeln würden, wenn wir ihnen nicht immer einen dicken Strich durch die famosen Rechnungen ziehen würden.

**Hartmann kann nicht!** Ein Bädereigelle eines Städt-chen, wo die Gelben auch eine ihrer vielen Mitgliedschaften (in den Zeimruten) hatten, wollte gern, da er sich sehr für die gelben Bestrebungen „interessiert“, ein Mitglied dieser „Mitgliedschaft“ kennen lernen, um sich der Agitation für die Zeimruten widmen zu können. In seiner Noi wandte er sich schriftlich an den Buchdruckerbesitzer Hartmann, jenes Zeichens Zeimrutenrebaiteur, und erhielt folgenden Brief:

Herrn R. N. aus N.

Im Besitz ihrer gefälligen Zeilen freut es mich, daß auch Sie sich für die Bundsbewegung interessieren. Die Namen kann ich Ihnen nicht gut nennen; sie wissen, daß man es im Verbands jedem einzelnen verdankt, wenn er eigene, andere Meinung beizigt, als wie es im Verband ge-wünscht wird. Ich kann es keinem verdenken, wenn er eine abweichende Meinung für sich behält, bis die Sache einmal von allen Seiten zum Durchbruch kommt. Wenn nun Sie für die Sache eintreten wollen, dann würde ich Ihnen dank-bar sein, wenn Sie mir einmal eine Anzahl Adressen dortiger Gesellen bekannt geben wollten, denen ich eine Anzahl Probe-Nummern zustellen kann. Meinen Sie es gut mit dem Bund, dann helfen Sie auch so mit.

Mit Hochachtung Wilh. Hartmann.

Ei, ei! Das Hartmännchen muß schon Adressen sammeln gehn, um sein gelbes Schwindelblättchen bloß als „Probe-nummer“ los werden zu können. Wollen denn die Bäder-meister in dem betreffenden Städtchen die Dinger schon gar nicht mehr kaufen? Verdenken kann man es ihnen auch wirklich nicht! Denn die letzten „Probenummern“ der Zeim-ruten, in welcher sich Hartmann nur mit den Ausführungen eines Betrunknen befaßt, sind unter aller Kanone. Damit fangen die Jöviler den dümmsten Bädereigellen nicht in ihre Rege. Die Gelben haben ihre Mitgliedschaften nur in den Zeimruten, erklären wir früher. Zertrümmert müssen wir zu-geben: Wir haben uns getrrt! Das gelbe Bündchen hat in jeder Stadt eine Mitgliedschaft, nur der Zeimrutenonkel kann nicht gut — die Namen der Mitglieder nennen, weil — keine da sind!

Solange werden die Bädereigellen ihre gelbe Meinung für sich behalten, tröstet sich Hartmann, bis der von ihm so sorglich vorbereitete große Kladderadatsch kommt und die Sache (gemeint ist wohl die gelbe) von allen Seiten einmal zum Durchbruch kommt. Mit Bittern und Zagen sehen wir diesem schrecklichen Tag entgegen. Nur ein Hoffnungsstimmer bleibt uns noch und das ist der: Hartmännchen wird vielleicht auch an dem Tage sagen: „Ich kann nicht gut!“

**Ein Narrentag der Gelben** ist zum 1. September nach Ertrag einberufen. Die Innungs- und verschiedene bürgerliche Blätter machen eifrig Propaganda für diesen III. handelt es sich doch darum, willfährige, bauchruhende Arbeiter für die „notleidenden“ Tagelöhner zu schaffen. Der Schwindel der Zeimruten, die Gelben hätten den 22 Jahre bestehenden „sozial-demokratischen Verband an Zahl der Mitgliedschaften über-flügelt“, wird eifrig im Interesse der profitlichsten Bäder-meister weiter kolportiert. Wo auch nur ein einziges Schächten ergattert ist, welches sich von den Bädereimistern aus-halten läßt, um Propaganda für die gelbe Seuche zu reiben, flugs schreibt der knusperlose Hartmann in den Zeimruten: Dort ist eine gelbe Mitgliedschaft entstanden! — Wie im vergangenen Jahre werden auch diesmal die Bäder-meister tief in den Duzel greifen und die „Delegierten“ auf ihre Köffen zum gelben Kongreß reifen lassen. Dort werden diese Leuten dann als „Vertreter“ der Gesellenschaft proklamieren. Man sollte es kaum für möglich halten, daß es Leute gibt, die solchem Dumbuz nachlaufen und der Meinung sind, dadurch die moderne Arbeiterbewegung zu schädigen.

Von den 35 (!) Punkten der Tagesordnung interessieren uns auch einige. Berlin stellt den Antrag, ein allgemeines Abzeichen für Gelbe zu schaffen. Auch wir halten es für dringend notwendig, daß die Herrchen ihrem Neukerzen nach erkennbar sind und möchten dem Referenten Volk anheimgeben, dafür zu plädieren, daß die Musternaben, nach Art der Heils-armee, ein gelbes Band um den Hut tragen, mit blauer In-schrift: „Gemeinsam mit dem Meister fürs Handwerk“. Ein Ab-zeichen in der Bäckerei ist überflüssig, dort erkennt man die Gelben gleich an ihrer Hundedemut gegenüber dem Arbeitgeber. Neugierig sind wir selbstüberhändlich auf den Bericht des — Schwärzmeisters! Wird man den der Öffentlichkeit übergeben? Wird man die dunklen Punkte — Geldpenden der Bädereimeister — nach Götterpaarischer Manier ausmerzen? Oder wird man die Deffen-tlichkeit über den „Schag“ der Gelben im Unklaren lassen, nach Art der Christlichen? Auch der Zeimrutenonkel hat Schmerzen!



Er will sich eine neue Einnahmequelle schaffen. Er rechnet schon stark damit, daß die Bäckermeister baldigst einsehen, daß es vergebene Liebesmühen ist, mit den Beiräten den **FF** Verband bekämpfen zu wollen, deshalb soll das **Wurstblatt** den Bäckergejellen schmählicher gemacht werden durch die Erstellung kostenloser Rechtschutzes für die Selben durch die Redaktion der Beiräten. Wie angeführt wird, sollen dadurch die Selben in die Lage versetzt werden, die Verbändler zu verflagen, sobald sie von diesen beleidigt werden. Wenn dann die Beiräten nicht wie warme Semmeln weggehen und sie nicht jeder Gelbe abonniert, dann ist jedes andere Mittel vergebens. Wir aber zittern schon bei dem Gedanken an den Rattenkönig von Prozessen, die über unser schuldbeladenes Haupt verhängen werden.

Die paar Stichproben werden unseren Lesern schon genügen, um sich ein Bild zu machen, wie heiter es auf dem gelben Verrätertag zugehen kann. Wir wünschen ihnen recht schönen Erfolg und hoffen, daß viele, ordentlich mit Roneten versehene Ehrenmitglieder, parodon Bäckermeister, anwesend sind, damit die Herrchens keine Not leiden!

### Ausland.

**Zuchthausstrafen für streikende Arbeiter in der Schweiz.** Der Streik der Schokoladenarbeiter in Vevey im März d. J. hatte kürzlich ein unglaubliches gerichtliches Nachspiel. Wegen angeblicher Streikvergehen waren nämlich 48 Arbeiter, worunter solche im Alter von erst 14 Jahren, angeklagt und es wurden 46 von ihnen verurteilt, wovon 8 zu Geldbussen von 10 bis 30 Franks, 11 zu Gefängnis von 5 bis 10 und 21 zu Zuchthausstrafen von 8 bis 90 Tagen, 5 in contumaciam, die anderen freigesprochen. Der „Basler Vorw.“ bemerkt dazu, dass man es in diesen ungeheuerlichen Urteilen geradezu mit Racheakten der kapitalistischen Klassenjustiz zu tun hat und dass eher die Richter, die ihr Amt in so himmelschreiender Weise missbrauchen, ins Zuchthaus gehören.

### Allgemeine Rundschau.

**Preisrätzel.** Die Redaktion des Sozialblattes unserer Berliner Mitgliedschaft, „Der Bader“, veröffentlicht in der letzten Nummer folgendes Preisrätzel:

Ganz in der Nähe des Herrn Altmeyers Müller, dicht am Gewerkschaftshaus und des Michaelskirchplatzes, befindet sich ein Zeitungsverlag und eine Druckerei. Der Besitzer derselben, ein großer Handwerker vor dem Herrn, ist zwar ein schon ziemlich alter Junggejelle, der aber trotz seines Alters — er soll bereits 50 überjährt haben — ein noch recht junges, liebebedürftiges Herz im Busen zu haben scheint; nur daß er in bezug auf die Sache ein großer Freund der Veränderung ist. Seit alldemallich sucht er für seine Junggejellenwohnung eine feine Stützhilfsarbeiterin, die sich in seinem in der Druckerei befindlichen Privatbureau vorstellen muß. Sein Personal ist streng angewiesen, nur solche Bewerberinnen vorzulassen, die noch jung, hübsch und begehrenswert sind, alle anderen aber, die diese Eigenschaften nicht aufweisen können, mit der Mitteilung abzuweisen, die Stelle sei bereits vergeben.

Wenn uns einer unserer Kollegen sagen, welche Druckerei das ist, wo sie sich befindet und wie der Besitzer heißt?

Für nähere Mitteilung werden wir besonders dankbar sein.

Wir glauben, unseren Lesern dieses Rätsel nicht vorzuzählen zu dürfen, denn vielleicht sind auch sie in der Lage, das Rätsel lösen zu können und den ehlen Rämpen zu nennen.

**Kapitalistische Nieferprofite.** Gegen den amerikanischen Devisen war ein Verstoß im Gange wegen Verletzung der Handelsverträge über den Handelsverkehr zwischen den Einzelstaaten. Der Sekretär des Handelsministeriums hat den Verhandelungen vor dem Handelsminister unter anderem folgende Angaben: Das Handelskapital des Handels beträgt 98 300 000 Doll. Die Nettoeinnahmen der letzten Jahre waren — für 1906 folgende:

Jahr	Nettoeinnahmen	Prozent auf Alt-Stap.
1906	65000000 Doll.	66,1 pZt.
1905	57000000	57,9
1904	61500000	62,5
1903	83000000	82,9

Im Durchschnitt wurden gezahlt:

Jahr	Dividendenrate	Betrag
1906	40 pZt.	39200000 Doll.
1905	40	39200000
1904	36	35200000
1903	44	43120000

Und hier ungeheuren Summen lassen zum größten Teil zu 90 pZt. in die Taschen der 15 Milliardäre, die nachfolgend angeführt werden:

Name	Prozent des Aktienkapitals	Durchschnittliche Dividenden pro Jahr	Jahresdividenden
J. J. Rodricher	2,4	11069000 Doll.	11069000 Doll.
H. E. Kober	2,8	1131500	1131500
Charles Fran	7,7	3110000	3110000
H. H. Meyer	2,5	1050000	1050000
Edw. M. Schuler	4,5	1858000	1858000
C. S. Jennings	2,3	929000	929000
Richard Joseph Marx	2,5	1010000	1010000
J. H. Kohn	4,9	1975000	1975000
Ch. J. Roberts	3,9	1575000	1575000
H. G. Borden	4,2	1686000	1686000
J. B. Hartung	6,4	3393000	3393000
H. R. Taylor	8,5	4744000	4744000
D. H. Payne	7,1	3668000	3668000
John G. Thompson	1,7	686000	686000
J. J. Rosenberg	1,4	565000	565000

90,1 35400000 Doll. 35400000 Doll.

Die 15 Milliardäre haben also zusammen ungefähr 10 pZt. „aktives“ mit 60-70000 Arbeiter zusammen bekommen, der-

jenige, der den meisten Profit eingefleht hat, allein etwa 10 pZt., wie mindestens 20000 Arbeiter im Jahr einzukommen haben. In den heim Petroleumtrust „verdienen“ Millionen drückt sich aber nur ein Teil des Gesamtverbauchs der Milliardäre aus, da sie ihre Hände auch noch in zahlreichen anderen Unternehmungen haben. Das ist kapitalistische Gerechtigkeit!

### Der Berliner Streik.

Es wollte alles fast vergangen,  
Denn nirgends zeigte sich das Schild.  
Und deshalb galt es, Kühn zu wagen,  
Da gab's kein „Galt“ mehr, kein „Zurück“,  
Denn herrlich boten sie uns Trost —  
Wie wir's gewohnt vom Vorkriegsprot.  
Noch einmal suchte man in Güte,  
Den schweren Schritt noch zu umgehn.  
„I, Gott bewahre, Gott behütel“  
— Hörst man die Bäderprogen krän —  
„Wir Reichen werd'n den Kampf bestehn,  
Die Kleinen mögen Pleite gehn!“  
So ward der Krieg vom Jaun gebrochen;  
Der Syndikat — und hier Bonifort —  
Die Gegner sind zu Kreuz getroffen.  
Wir fanden fest, die Pflicht gebot.  
Und trotzte uns der Gegner Lücke  
Und hiebt uns die Polizei —  
Wir fanden fest und gingen nicht zurück  
Denn mit uns kämpft die mächtige Partei.  
So geht es vorwärts in dem Lauf der Zeiten,  
Fest und bestimmt geht's in der Weltlauf —  
— Laßt gegen uns der Progen Lücke streiten —  
Dem Licht entgegen! Niemand hält's mehr auf.  
Drum steht auch Ihr nicht still, Ihr Menschenbrüder,  
Millionen kämpfen rings im ganzen Land;  
Der Freiheit Sonne strahlt auf Euch nieder,  
Wenn Ihr geschlossen steht in dem Verband.

### Drei Wahrheiten.

Recht dumm und auch recht faul,  
Doch nicht ein großes Maul;  
Betrügt Kollegen und sich selber —  
Das ist ein „Gelber“.  
Einer, der nur Zwietracht sät,  
Doch recht viel zur Kirche geht,  
Garnichts leiht, was erprichtlich —  
Der nennt sich „Christlich“.  
Wer da kämpft gegen dies Gefindel,  
Es am Frager stellt samt jenem Schwindel,  
Sich nicht kaufen läßt für einen „Dreier“ —  
Das ist ein „Freier“.  
Fritz Pelger.

### Verbandsnachrichten.

#### Quittung.

Vom 12. bis 18. August gingen bei der Hauptkasse folgende Beträge ein:

Für Monat Juli: Mitgliedschaft Deggendorf M. 45,10, Neustadt 40, Lübeck 165,60, Apolda 51,10, Bielefeld 62, Bremen 195,10, Eberfeld 276,55, Mülhausen 15,60, Bremerhaven 83,80, Weingarten 31,60, Rudolstadt 37,60, Sietzen 226,20, Regensburg 110,40, Amberg 56,10, Saxeburg 41,60, Brandenburg 42,50, Jena 132,30, Zeitz 64,60, Braunschweig 95,50, Danzig 291,45, Leipzig 504,70, Gera 82,50, Jena 18,80, Darmstadt 51,80, Mainz 240,25, Bielefeld 224, Dessau 41,40, Hamburg 79,30, Schwabach 37,50, Gotha 60,50, Segeberg 48,40, Jena 26,40, Kiel 214,90, Straubing 109,90, Rostock 22,80, Augsburg 46,40.

Für Juni und Juli: Kontingenz M. 25,20, Gießen 19,60.

Von Einzelzahlern der Hauptkasse: A. B. (Alte) M. 50,50, J. E. (Melhorf) 3, P. B. (Ballenried) 4, C. B. (Fischer) 5, D. A. (Wernan) 5, B. E. (Marienau) 3, P. E. (Waldung) 18,50, F. R. (Lehmann) 11, P. R. (Kalmö) 10,50.

Für Abonnements und Anzeigen: A. H. (Dresden) M. 2, Jentzsch (Lübeck) 3,90, Mitgliedschaft Mannheim 6,20, D. E. (Borsdorf) 1,20, D. H. (Braunschweig) 1,80, Mitgliedschaft Schwabach — 30, Mitgliedschaft Augsburg 1,20.

Für der Anrechnung für Monat Juli reflexen folgende Mitgliedschaften: Bant-Wilhelmsbaben, Bromberg, Chemnitz, Elmshorn, Gießen, Halberstadt, Rattowitz, Zeitz, Neumünster, Oldenburg i. Grob., Schwabach a. d. E., Weiswasser, Pirnaisch.

Für Monat Juni und Juli: Karlsruhe, Warburg, Pappen.

### Anzeigen.

**Nachruf.**  
Am 17. August starb unser treues Mitglied und bisheriger Vorsitzender, der Kollege

### Adolf Antoni

am der Prostatorienkrankheit. So es galt für die Interessen des Proletariats aufzutreten, da war er immer einer der ersten. Nichts ihm die Kollegen in seiner Pflichterfüllung nachsetzen.

Wir werden uns in so sehr verschiedenen Kollegen allzu ein ehrliches Leben haben bewahren!

Der Vorstand der Mitgliedschaft Segeberg.

**Nachruf.**  
Am 16. August starb unser Mitglied  
**Bruno Hieke.**  
Ehre seinem Andenken!  
Mitgliedschaft Dresden.  
(Sektion der Konditoren.)  
[M. 2,40]

Unserem Kollegen **Max Beyer** nebst seiner lieben Frau **Alma Koch**  
die herzlichsten Glückwünsche zur Vermählung!  
[M. 1] Mitgliedschaft Rudolstadt.

Unserem Kollegen **Karl Pflz** und seiner lieben Frau  
die herzlichsten Glückwünsche zur Vermählung!  
[80 S] Mitgliedschaft Breslau.

**Allen Münchener Bäckergehülfen** empfiehlt sich zur Anfertigung von Herrengarderoben aller Art in jeder Preislage — für eleganten Schnitt und sich weitgehendste Garantie — **Georg Brem**, Walterstr. 21, 1. Et., Rgg.

**Zur Beachtung!**  
Heute ist der 35. Wochenbeitrag (25. bis 31. August) fällig.

### Mitglieder- bzw. öffentliche Versammlungen.

- Bant-Wilhelmsbaben. Dienstag, 27. August, Nachm. 5 Uhr, bei H. Helbi, Grenzstr. 34.
- Brandenburg. Sonntag, 1. Septbr., Nachm. 8 1/2 Uhr, im Gewerkschaftshaus, Wolkenweberstr. 3.
- Braunschweig. Sonntag, 1. Septbr., Nachm. 8 1/2 Uhr, in Steiger Vierpalais, Stobenstraße.
- Bremen. Sonntag, 25. August, bei Wegel, Ansgaritorstraße.
- Chemnitz. Sonntag, 25. August, Nachm. 3 Uhr, in „Stadt Meißn“.
- Donnerstag, 29. August, Nachm. 8 1/2 Uhr, im „Schützenhaus“, Schützenstraße.
- Crimmitschau. Sonntag, 25. August, Nachm. 3 Uhr, in der Zentralherberge.
- Düsseldorf. Sonntag, 1. Septbr., Vormittags 11 Uhr, bei Rich. Ewald, Breitestr. 15.
- Eisenach. Sonntag, 25. August, Nachmittags 2 1/2 Uhr, in der „Frischen Quelle“, Alexanderstraße.
- Elmshorn. Sonntag, 1. Septbr., Nachm. 4 Uhr, bei Meier, Stammweg 26.
- Effen a. d. Ruhr. Sonntag, 1. Septbr., Nachm. 3 Uhr, bei v. d. Loo, Schützenbahn.
- Frankfurt a. M. (Sektion der Fabrik- und Lagerbäcker.) Sonntag, 1. Septbr., Vormittags 10 Uhr, im Gewerkschaftshaus.
- Frankfurt a. d. O. Sonntag, 1. Septbr., Nachm. 3 Uhr, im Gewerkschaftshaus, Oberstr. 51.
- Geesthacht. Sonntag, 1. Septbr., Nachm. 2 Uhr, bei F. Blö. Hannover. (Sektion der Konditoren.) Sonnabend, 31. August, Abends 8 1/2 Uhr, bei Biebraud, Knochenhauerstr. 1. (Sektion der Bäcker.) Sonntag, 1. Sept., Nachm. 3 1/2 Uhr, dajelbst.
- Henningsdorf. Sonntag, 25. August, Nachm. 4 Uhr, bei Lehmann.
- Hertford. Sonntag, 1. Septbr., Vorm. 10 Uhr, bei W. Gilbert, Brüderstraße.
- Hilbersheim. Sonntag, 1. Septbr., im Gewerkschaftshaus, Gajchenstr. 23.
- Ilmenau-Arnstadt. Sonntag, 1. Septbr., Nachm. 1 Uhr, im Central-Hotel. Öffentlich: Nachm. 8 1/2 Uhr, dortselbst.
- Kiel. Sonntag 1. Septbr., Nachm. 4 Uhr, im Gewerkschaftshaus, Fahrstraße.
- Kiel. Donnerstag, 29. August, bei Wilemann, Karlstr. 4.
- Neustadt. Sonntag, 1. Septbr., Nachmittags 3 Uhr, im Gasthaus „Zum Deutschen Kaiser“, Verkehrslokal.
- Plauen i. B. Sonntag, 1. Septbr., Nachmittags 2 Uhr, im „Schillerparken“.
- Roth b. Nürnberg. Mittwoch, 28. August, bei Balz, Restaurant „Zur Sonne“.
- Rostock. Donnerstag, 29. August, Nachmittags 6 1/2 Uhr, im Gewerkschaftshaus, Regimenterberg 10.
- Schwerin. Sonntag, 1. Septbr., Nachmittags 2 Uhr, bei E. Oldenburger, Apothekerstr. 5.
- Solingen. Sonnabend, 24. August, Abends 8 Uhr, im Gewerkschaftshaus.
- Straßburg i. E. Mittwoch, 4. Septbr., bei Schwab, Alte Dornstraße 1.
- St. Johann a. d. S. Sonntag, 1. Septbr., Nachm. 3 Uhr, im „Evoli“, Gerberstr. 26.
- Trammstein. Mittwoch, 28. August, Nachmittags 2 Uhr, im Gasthaus „Zum Löwen“.
- Wiesbaden. Dienstag, 27. August, Nachmittags 2 Uhr, im Gewerkschaftshaus.
- Weisweil a. d. E. Sonntag, 1. Septbr., in „Stadt Raumburg“.

Für die Redaktion verantwortlich: Joh. Herrn, Hamburg, Bismarckstr. 57. — Verlag von O. Allmann, Hamburg. — Druck: Hamburger Buchdruckerei und Verlagsgesellschaft Kuer & Co. in Hamburg.